

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftsteller: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: für den Stellenmarkt die 10 gesonderte Millimeter-
zelle 90 Pf. / Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Täuschung der Öffentlichkeit

Wie die Rentabilität dargestellt wird und wie sie ist

Die Klagen über die schlechte Rentabilität der Erwerbsgesellschaften wollen nicht verstummen. Immer wieder weisen unsere Wirtschaftsführer darauf hin. So kam der Vorsitzende des Langnam-Vereins Dr. Paul Reusch in der jüngsten Tagung der westdeutschen Industrie auch auf diese Sache zu sprechen, wobei er ausführte: „Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes betrug die durchschnittliche Dividende von 4773 Aktiengesellschaften im Jahre 1913 8,74 vH. Im Jahre 1926 bestanden 10 081 Aktiengesellschaften, die eine Durchschnittsdividende von 4,41 vH verteilten. Wenn man berücksichtigt, daß heute fest verzinliche, sichere Papiere 8 vH erbringen, so kann von einer ausreichenden Rentabilität beim Unternehmenskapital nicht gesprochen werden. Wir müssen allen Anfechtungen zum Trotz den Mut haben, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft keine Wohlfahrts-einrichtung ist und daß dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Rente zusteht, zumal das Geldverdien in Deutschland noch nicht verboten ist.“

So der Vorsitzende des Langnam-Vereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Da solches Gerede keine Einzelercheinung ist, verlohnt es sich, auf die Dinge etwas näher einzugehen. Bei den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes wird die Tatsache außer Betracht gelassen, daß den 4773 Aktiengesellschaften vom Jahre 1913 im Jahre 1926 10 081 gegenüberstanden. Es hat also eine ungeheure Übersehung stattgefunden und der Reinigungsprozeß war vor zwei Jahren noch nicht soweit gediehen, daß die kranken Glieder der Erwerbsgesellschaften bereits ausgeschaltet waren. Der fernere war das Jahr 1913 ein außerordentlich günstiges Jahr. Die deutsche Industrie zählte zu den besten der Welt und hatte international eine außerordentlich günstige Stellung inne. Hingegen hatten wir 1926 ein ausgesprochenes Krisenjahr mit all den Schäden und Verlusten aus der Inflationszeit belastet. Ist es schon ein eigenartliches Beginnen, das Wirtschaftsergebnis zweier so ganz verschiedener Jahre miteinander in Vergleich zu setzen, so übertrifft die Selbstverständlichkeit, mit der solche „Weisheiten“ ausgesprochen und von einer gewissen Presse weiterverbreitet werden. Wir befinden uns in der Mitte des Jahres 1928, wo die Wirtschaftsverhältnisse ein ganz anderes Gesicht zeigen als in dem Krisenjahr 1926.

Die Geschäftsergebnisse für das verlossene Jahr zeigen bereits ein wesentlich günstigeres Bild. Die Diskonto-Gesellschaft bringt in ihrem Geschäftsbericht vom 16. Juni eine Aufstellung über die Durchschnittsdividende und Rente der an der Berliner Börse notierten deutschen Aktiengesellschaften. Dabei kommt diese Berliner Großbank zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

749 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 9858 Millionen Mark halten folgendes Ergebnis:	
Dividendenausschüttung in Millionen Mark	Durchschnittsdividende in vH des Nominalkapitals
vorletztes Geschäftsjahr 634,30	vorletztes Geschäftsjahr 6,94
letztes Geschäftsjahr 813,94	letztes Geschäftsjahr 8,26

Da sämtliche an der Berliner Börse notierten Aktiengesellschaften von dieser Berechnung erfasst wurden, so darf man dieses Ergebnis als den Durchschnitt der gesamten deutschen Erwerbsgesellschaften betrachten. Wenn das Statistische Reichsamt in dem günstigen Vorkriegsjahr 1913 eine Durchschnittsdividende von 8,74 vH feststellte, so dürfte der Satz für 1927 mit 8,26 vH dem sehr nahe kommen. Da noch von einem Dividendenfuß von 4,41 vH zu reden, muß als Demagogie betrachtet werden.

Ein Vergleich der Rentabilität mit der der Vorkriegszeit erlaubt ja auch insofern eine Erläuterung, als sich die Dividenden- und Finanzpolitik gründlich gewandelt hat. Das Wort von der Selbstfinanzierung der Industrie ist ja keine Erfindung, sondern reale Tatsache. Die deutschen Erwerbsgesellschaften sind in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße dazu übergegangen, ihren Kapitalbedarf selbst zu decken. Das an Abschreibungen auf die verschiedenen Konten wirklich geleistet wird, das bleibt der Öffentlichkeit vornehmlich. In der Vorkriegszeit war es üblich, daß der Kapitalbedarf am freien Kapitalmarkt gedeckt wurde. Heute verschmäht man diesen Weg und geht zur Selbstfinanzierung über, indem das benötigte Kapital vom Rohgewinn abgezogen und auf irgend einem Konto verbucht wird. Die Aktionäre klagen selbst darüber, daß sie von der inneren Wertberhöhung ihrer Unternehmungen wenig zu spüren bekommen. Das Jahr 1927 war bekanntlich ein solches der Umstellung. Die Produktionsanlagen wurden, um sie rationell zu gestalten, im größtmöglichen Umfange erneuert. Wenn der Öffentlichkeit ein wirklich klares Bild der Finanzen geboten würde, würde man erstaunt sein, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiete geleistet wurde. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die Bilanzverschleierungen zu einer Wissenschaft geworden sind. Wir brauchen nur an die Berechnungen über diesen Punkt vor dem Enqueteauschuss zu erinnern. Ziehen wir aus den dort gemachten Äußerungen wichtiger Sachkenner einige heraus. Justizrat Dr. Pinner sagt: „Es wird allgemein die Ansicht vertreten, daß die Bilanzen heute selbst dem Käufer keinen Einblick in die Vermögenslage der Gesellschaften geben.“ Der Finanzschriftsteller Bruno Buchwald: „Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es besser wäre, die Aktiengesellschaften von der Pflicht der Bilanzberöffentlichung überhaupt zu befreien, als es zuzulassen, daß von fast allen

Unternehmungen falsche oder mindestens zur Beurteilung des Unternehmens völlig unzureichende Bilanzen veröffentlicht werden.“ Karl Friedrich v. Siemens erklärte: „Ich sage Ihnen ganz offen, daß es einem persönlich mitunter unangenehm ist, sich hinzusetzen und überlegen zu müssen, wie man verschleiern.“

An den Aussagen solcher gut unterrichteten Persönlichkeiten, die noch beliebig zu vermehren wären, ist zu erkennen, wie die Abrechnungen der Aktiengesellschaft zu beurteilen sind. Die wirklichen Rentabilitätsverhältnisse sind also in ein großes Dunkel gehüllt. Die Unternehmer lehnen es ab, die Öffentlichkeit besser zu unterrichten. Man muß der „Börsischen Zeitung“ zustimmen, wenn sie in ihrer Nr. 295 schreibt: „In der Vorkriegszeit wurde jeglicher wirtschaftliche Aufschwung, jede Fußbreite Terrain, die unsere Wirtschaft errungen hatte, überlaut der Welt verkündet. Der berechtigter Stolz auf tatsächliche Leistungen zeitigte ein Übermaß an Mittelungsbedürfnis. Heute aber ist man nicht nur sehr still geworden, sondern man ist darüber hinaus bemüht, alle Erfolge möglichst zu bestreiten, mindestens aber zu verkleinern.“

Es wäre schon besser, endlich einmal der Wahrheit die Ehre zu geben und anzuerkennen, was ist. Der übergroße Teil der deutschen Wirtschaftsunternehmen befindet sich in einer durchaus günstigen Lage. Wenn trotzdem die Schwarzmalerei über die schlechte Rentabilität kein Ende nimmt, so müssen die Herren eben damit rechnen, nicht mehr ernst genommen zu werden.

Rückerstattung unrechten Gutes

Daß die ausländischen Kapitalisten das Ausbeuten der Arbeiter wie das Zusammenknechten von Geld und Gut ebenso eifrig besorgen wie die deutschen Kapitalisten, ist richtig, aber doch nicht ganz. Zwischen den ausländischen Kapitalisten und den deutschen besteht immerhin noch ein Unterschied, den man geringfügig nennen kann, aber doch des Hervorhebens wert scheint. Der Unterschied besteht darin, daß sich von jeder unter den ausländischen Kapitalisten welche fanden, die das unrechte Gut dem Volke oder dem Staate ganz oder teilweise wieder zurückerstatteten. Es sei auf die großen Stiftungen amerikanischer Kapitalisten hingewiesen. So hat der Stahlkönig Carnegie in unzähligen Orten Amerikas Büchereien geschaffen, die in äußerst liberalem Geiste verwaltet werden und wo der Arbeiter nicht nur die Schriften aller Parteien und vieler Sprachen findet, sondern auch behagliche Räume, wo er dem Studium obliegen kann und ihm dabei jede mögliche Unterstützung von der Verwaltung zuteil wird, ohne einen Pfennig dafür entrichten zu müssen. Auf diese Weise hat der Stahlkönig, der Verantwortliche für den blutigen Ausbruch von Homestead im Jahre 1892, wieder gutzumachen versucht, was er an den Ausbeuteten seiner Stahlwerke verbrochen hat. Weiter sei auf die Russell-Sage-Stiftung verwiesen, die der unvorurteilnehmenden Erforschung sozialer Notstände und anderen Nützlichkeiten dient. Diese Einrichtung ist der Witwe des Russell-Sage, eines neuerjorker Finanziers, zu verdanken. Von den vielen, vielen anderen Stiftungen amerikanischer Geldmacher ganz zu schweigen.

Diese Übung ist keineswegs aufs Dollarland beschränkt. Vor ein paar Tagen sah der englische Schatzkanzler im Unterhaus bekannt, daß er wiederum eine namhafte Summe, nämlich 500 000 Pfund (10 Millionen Mark) geschenkt erhalten habe, die für die Verminderung der Nationalschuld verwendet werden sollte. Die Summe stellt das Vermögen des Hrn. Maday dar, die, wie noch erinnert sein dürfte, im März dieses Jahres in einem Flugzeug nach Nordamerika fliegen wollte und dabei ihr Leben einbüßte. Die Verwandten dieser wohlhabenden jungen Frau erklärten, daß sie aus deren Tod keinen Vorteil ziehen möchten und daher ihr Vermögen dem Staate, der Volksgemeinschaft zu deren Ruhm und Frommen überlassen wollten.

Im Zusammenhang mit dieser Stiftung berichten die englischen Blätter, daß der Schatzkanzler fortlaufend größere und kleinere Beiträge von Privatleuten überweisen erhalte mit der Bitte, das Geld für die Verminderung der Nationalschuld oder für ähnliche Zwecke zu verwenden. Eine Summe von 500 000 Pfund ist in diesem Jahre schon einmal gespendet worden „von einem Manne, der nicht genannt sein will“. Im Dezember 1927 erhielt der Schatzkanzler 100 000 Pfund, also 2 Millionen Mark. Der jetzige Erste Minister, Baldwin, übergab schon im Jahre 1919 dem Staate seine Kriegsanleihebescheinigung in Höhe von 150 000 Pfund oder 3 Millionen Mark mit dem Verlangen, sie zu vernichten, um die Staatsschuld zu verringern. Das sind nur ein paar der bekannt gewordenen Fälle, viele andere bleiben unbekannt, weil dies ansdrücklich gewünscht wird.

Ob die amerikanischen und englischen Kapitalisten das Gut zurückergeben aus Vaterlandsliebe, einfacher Anständigkeit oder aus Gewissenspflicht, mag dahingestellt bleiben. Genug, daß sie es zurückgeben. Für diese Übung sucht man unter den Reichern im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte ganz vergeblich nach Beispielen. Wir wissen wohl, daß unsere großen Geldmacher allesamt sehr steuereifrig sind, wir sehen, daß sie immer dabei sind, dem Staate Bargeld und Geldverleihe abzuknöpfen, wir haben erfahren, daß, wenn einer unserer großen Geldhieber an den Tiefgang in jene Gefilde, wo es nichts mehr zu schmecken gibt, denken muß, er schnell noch keine Frau als Gesamterbin einsetzt, um den Staat um die Erbschaftsteuer zu prellen — aber daß einmal einer unserer großen oder kleineren Patrioten dem Staate oder der Gemeinschaft das unrechte Gut zurückerstattet hätte, das haben wir noch nie vernommen. Demnach sind unsere deutschen Flusmacher wenigstens in einem ihren ausländischen Artgenossen über, in der Filzigkeit. Damit wollen wir weiter nichts als eine Tatsache feststellen haben. Ihre einzige Überlegenheit wird den deutschen Flusmachern sicherlich nicht ungedankt bleiben: sie werden, wenn nicht alles trügt, die ersten sein, denen das — wie sie ständig aller Welt einreden — sehr mühselige Geschäft des Flusmachens abgenommen wird. Wenn dabei, was nachdrücklich zu wünschen ist, ihre eigene Filzigkeit an ihnen belästigt werden würde, dann wäre ihnen wenigstens eine gute, eine dem Volke nützliche Lehre zu verdanken.

Gottgewollte Abhängigkeiten

Auf dem Verbandstag der Bergarbeiter hat der preussische Handelsminister eine Rede über die Lage des Bergbaus gehalten. Es ist bekanntlich eine Errungenschaft der Revolution, daß ein Minister, und zumal ein preussischer Minister, der nicht Sozialdemokrat, auch wohl kein früherer Arbeiter ist, sich überhaupt herbeiläßt, vor Arbeitern zu reden. Unter Wilhelm kam das nicht vor. Insofern darf man also von einer Neuerung sprechen. Aber was den Inhalt der Rede anbetrifft, so weist er keinen Unterschied auf gegenüber dem, was die Minister weiland seiner Majestät zu sagen pflegten. Man konnte glauben, eine praktische Nutzanwendung jenes nie verklingenden Ausspruchs des seligen Bethmann-Hollweg von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ zu hören oder auch eine Auslegung des Bibeltextes: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Herr Dr. Schreiber sprach nicht gerade direkt vom lieben Gott, der die Welt nun einmal so eingerichtet habe, daß die Arbeiter hungern müssen. So etwas ist in der Republik nicht mehr zeitgemäß. Aber er sprach von einer anderen geheimnisvollen Macht, die man etwa die internationale Verflechtung nennen kann. Da kannst nix machen, da steht machtlos vis-à-vis, und es bleibt nur die Wahl: entweder Feierschichten ohne Maß und Zahl, worunter a l l e Bergleute leiden, oder 50 000 Mann entlassen. Zum Schluß fand es der Herr Minister angezeigt, die Gewerkschaften zu ermahnen, sie sollten ihre Mitglieder dahin erziehen, daß sie „in zunehmendem Maße die Fragen der Wirtschaft nicht nur vom Standpunkt eines fürsorgebedürftigen Einzelinteresses oder einzelnen Betriebes aus betrachten lernen, sondern in ihrer Verknüpfung und in ihrer Abhängigkeit voneinander.“

Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat. Wir an unserm Teil wollen gehorsam die Weisung des Herrn Ministers befolgen und damit unser Eifer fund werde, beginnen wir mit der Belehung unserer Leser gleich auf der Stelle.

Zu diesem Zweck stellen wir zwei Zeitungsnotizen aus den letzten Tagen nebeneinander. Die eine lautet so:

Eine Zechenverwaltung im dortmunder Revier (leider steht nicht dabei, welche) beschwert sich in einer Bekanntmachung an ihre Belegschaft darüber, daß sich die Arbeiter — zu oft p f ä n d e n l a s s e n! — 23- bis 24 000 Bergleute gebe es auf den Zechen der Gruppe Dortmund und in nur zwei Monaten seien 6767 Bohnpfändungen angemeldet worden in Höhe von insgesamt 102 000 M. Wenn das so weitergeht, kommen im Jahr über 40 000 neue Pfändungen zusammen über 600 000 M. für Waren, die die Bergleute gekauft haben und hinterher nicht bezahlen können. Es werde demnach jeder Bergmann des Reviers durchschnittlich zweimal im Jahr gepfändet.

Damit nun die Arbeiter lernen, diese Frage „in ihrer Verknüpfung mit sonstigen Fragen der Wirtschaft und in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu betrachten“, lassen wir nun die andere Tatsache folgen. In dem von der Frankfurter Zeitung herausgegebenen Vierteljahrsheft „Wirtschaftskurve“ hat sich jemand der Mühe unterzogen, einmal nachzurechnen, wie es mit dem KapitalgeWINN in Deutschland steht. Selbstverständlich konnte er nur den Aktiengesellschaften nachspüren, denn die anderen Unternehmungen brauchen ihre Abschüsse nicht zu veröffentlichen. Und daß auch die Berichte der Aktiengesellschaften die Gewinne nur unvollkommen, lückenhaft und verschleiert wiedergeben, haben wir oft nachgewiesen, wird auch von dem Verfasser jener Untersuchung ausdrücklich betont. Trotzdem ist es ihm gelungen, die Berichte der 85 größten deutschen Aktiengesellschaften (aus 18 verschiedenen Branchen) zusammenzufassen mit einem Gesamtkapital von 4642 Millionen Mark Kapital (nicht das sogenannte Aktienkapital, sondern die Summe aller eigenen Mittel), was etwa ein Fünftel des Vermögens aller deutschen Aktiengesellschaften ausmacht. Was hat er herausgefunden?

Beschränken wir uns zunächst auf die Gruppe Kohle und Eisen, der jene gepfändeten Bergleute an der Ruhr angehören. Da müssen wir zugehen, es geht den armen Zechenbestreuten spottschlecht. Im 14 vH kleiner waren die Dividenden 1927 als 1926, und vergleicht man den Überschuss des Gewinns über die vorhandenen Eigenmittel, so beträgt der Rückgang gar 26 vH. Da bleibt ja kein Auge trocken. In dieser „Verknüpfung“ werden die gepfändeten Bergleute einsehen, daß es ihren Kapitalisten ebenfalls dreidig geht, und in solcher Erkenntnis werden sie Trost finden, denn geteiltes Leid ist halbes Leid. Trost ist aber billiger als Bohnzulage.

Doch was ist das? Gewinnrückgang ist ja nur in dem einen Jahr von 1926 auf 1927. Vorher — die Berechnung geht bis auf 1924 zurück — waren die Gewinne viel kleiner. Gegenüber 1924 ist der Ertrag 1927 rund viermal so groß, gegenüber 1925 immer noch über doppelt so groß. Die Vergleichsreihe (nur für die Branche Kohle und Eisen) sieht folgendermaßen aus:

1924	1925	1926	1927
27	48	126	100

Mit anderen Worten: seit 1924 ist der Kapitalgewinn sehr stark gestiegen; 1926 erreichte er eine ganz ungeheure Höhe — fast dreimal so viel wie ein Jahr zuvor —, auf dieser Höhe hielt er sich nicht, sondern sank wieder zurück, blieb aber deswegen immer noch hundertfach über dem Anfang der Reihe. Übrigens hat man sich 1926 gebüht, die Dividenden in derselben Weise anzuwachsen zu lassen. Die Dividendenreihe sieht so aus:

1924	1925	1926	1927
24	47	114	100

Man hat also ganz gut gewußt, daß der gewaltige Gewinn von 1926 eine Ausnahme war und nicht wiederkehren würde,

Der Abschluß des Tarifvertrags in Berlin

weil er auf ausnahmisseitigen Vorgängen beruhte. Und dabei fällt uns ein, daß wir es auch wissen: es war der englische Kohlenstreik, der es den deutschen Kohlenkapitalisten gestattete, zum Schaden der englischen Proleten aus den deutschen Proleten so viel mehr herauszuholen.

Damit entpuppt sich, daß ein wirklicher Gewinnrückgang nicht eingetreten ist. Seit 1924 haben sich in der Gruppe Kohle und Eisen die Überschüsse und auch die Dividenden (das heißt nur die aus den Bilanzen ersichtlichen, die nicht verschleierte) in ununterbrochenem Wachstum vervierfacht, 1926 aber waren sie sogar noch bedeutend größer. Die Kohlenbergleute aber müssen sich wegen 21 A pfänden lassen.

Dazu kommt jedoch noch eins. Die Personen der Kapitalisten gehören bekanntlich nicht bloß einer einzigen Industrie-Gruppe an. Die Herren, die als Aktionäre oder Direktoren oder Aufsichtsräte in den großen Konzernen von Kohle und Eisen sitzen, die finden wir auch wieder in der F. G. Farbenindustrie, in den elektrischen Unternehmungen, in den Banken, in den Maschinenfabriken usw. Um ihren Reichtumszuwachs zu ermessen, ist es also gar nicht nötig, die Gruppe Kohle und Eisen herauszuheben. Es genügt, oder vielmehr es ist allein richtig, das Gesamtergebnis aller 85 Unternehmungen aus allen 18 Branchen ins Auge zu fassen. Da aber stellen sich die Vergleichsreihen wie folgt dar:

	1924	1925	1926	1927
Gewinn	66	77	85	100
Dividende	51	71	88	100

Oder umgekehrt, wenn man das Jahr 1924 zum Vergleichspunkt wählt:

	1924	1925	1926	1927
Gewinn	100	117	126	151
Dividende	100	139	169	188

Hier ist von einem Rückschlag gar keine Rede. Gewinne und Dividenden sind ohne Unterbrechung gewachsen, so daß der Verfasser der Untersuchung zu dem Ergebnis gelangt, im Jahre 1927 habe das deutsche Kapital durchweg 10 bis 20 vH mehr Gewinn eingeheimst als 1926.

Übrigens zeigt das auch die Marktsumme der von den 85 Gesellschaften wirklich ausbezahlten Dividenden und Lantien.

	1924	1925	1926	1927
171,8	218,6	273,6	357,9 Millionen Mark	

Wir hoffen, unsere Leser werden die innere „Verknüpfung“ der beiden Wirtschaftstafeln, gepfändete Vergleiche und rasend steigende Kapitalgewinne, gut begreifen. Und ein kleines Lob des preussischen Handelsministers für prompte Befolgung seiner Mahnung dürfen wir wohl auch beanspruchen. J. H. u. S.

Die Unternehmer möchten Werkwohnungen

Mit allen Mitteln versuchen die Unternehmer, die Aufhebung des Verbots der Länder für Gewährung von Hauskrediten für ihre Werkwohnungen zu erreichen. Sie möchten die Arbeiter und Angestellten durch diese Werkwohnungen noch mehr unter ihre Fügung bekommen. Auf der andern Seite aber fordern sie gelegentliche Möglichkeiten, die Werkwohnungen in erhebenden Arbeiter und Angestellten daraus ohne Rücksicht, ob sie anderweitig Wohnungen erhalten, zu entfernen.

Das Reichswirtschaftsministerium hatte sich im November 1927 an den Reichsverband der Deutschen Industrie gewandt und ersucht, Material über die nachteiligen Folgen zu übermitteln, die sich aus dem Wohnungsmangel, besonders aus Werkwohnungen ergeben. Auf dieses Ersuchen haben nun der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Umfrage bei ihren Unternehmern veranstaltet, um einen Gesamtüberblick über die sogenannten nachteiligen Folgen zu gewinnen, die der Industrie aus dem angeblichen Mangel an Werkwohnungen und der dadurch sich angeblich ergebenden Unmöglichkeit, die notwendige Arbeiterzahl heranzuziehen, entstehen sind. Die genannten Organisationen haben vor kurzem eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet, in der sie zusammenfassend sagen, daß der infolge der Wohnungsnot herrschende Arbeitermangel in beträchtlichem Umfange eine fortschreitende Entwicklung der Industrie mit dem Ziel einer durchgreifenden Rationalisierung zum Teil verhindert oder doch wenigstens erschwert und außerdem eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage aus der Arbeitslosigkeit der Arbeiter hervorgeht. Man sieht, die Herrschaften verstehen es anzugeben, die Arbeiter als Vorwand zu benutzen. In der Eingabe wird dann, ebenfalls nicht angeführt, mit der Möglichkeit der billigeren Preisgestaltung zu wahren verfahren, indem angeführt wird, durch den früheren Beschäftigung wurde eine gewisse Nachfrage in die Produktion gebracht, wodurch sich ein erhöhter Materialverbrauch und gesteigerte Rohstoffverbräuche ergaben, die zur Verbesserung des Fabrikates führten. Es ist geradezu rätselhaft, wie der ganz anderen Gründen beruhende Arbeitermangel benutzt wird, um Preisbilligungen an die Hand zu legen. Den Gipfel leistet aber die Eingabe, indem sie die Wirkung der angeblichen Wohnungsnot mit der Leistungslosigkeit und Arbeitslosigkeit des Arbeiters zusammenhängt. Es wird darauf hingewiesen, daß in den besagten Betrieben etwa 20 bis 60 vH, oft auch noch ein viel höherer Satz der Arbeiterkraft Stunden von 1 bis 3 Stunden und darüber hinaus zu Fuß, auf dem Rade oder mit der Bahn zurücklegen haben, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Es wird dann sehr richtig angeführt, daß ein Arbeiter, der eine so lange Anmarschzeit hinter sich hat, natürlich für seine eigentliche Arbeit längere Zeit so leistungsfähig ist, wie ein in der Nähe des Betriebes wohnender Arbeiter. Die Eingabe verlangt, daß diese nachteiligen Folgen durch die Industrie, wenn es ihr möglich ist, die Beschaffung guter Wohnungen für ihre Arbeiter zu tun gewesen wäre, nicht hätte beseitigen lassen können. Demals hat sich die Industrie nicht einmal darum gekümmert.

Am Anfang der Eingabe wird noch auf den „bedauerlichen Umstand“ hingewiesen, den der Wohnungsmangel auf die Beschäftigung hat. Demnach, daß Hausarbeiter aus Orte des Betriebes in absehbarer Zahl nicht zu erreichen sind, haben die im Betriebe beschäftigten Arbeiter die Möglichkeit, weil über das übliche Maß hinausgehende Wege zu forcieren. Die Errichtung von Werkwohnungen soll also auch dazu dienen, die Wege zu bündeln. Die Eingabe sagt ferner, daß im Falle der Aufhebung des Verbots der Gewährung von Hauskrediten die Industrie auch im Ausland für den Wohnungsbau Geld beschaffen würde und daß für den Wohnungsbau durch die Industrie seitens des Auslands leichter Geld beschaffen werden kann, als im Inlande durch gewöhnliche Geschäftsbanken und ähnliche Organisationen, zu deren Geschäftsbereich im Ausland kein ein großes Vertrauen besteht.

Um die Aufhebung des Verbots der Gewährung von Hauskrediten zum Wohnungsbau zu erreichen, führen die Unterzeichner der Eingabe dem Reichswirtschaftsminister allerdings eine Menge vor, die sie zweifellos auch durchsetzen könnten, ohne daß der Staat ausbezahlt zu werden braucht, wenn sie nur den guten Willen dazu hätten. Es besteht nicht die geringste Veranlassung, dem Reichsverband der Unternehmerorganisationen zu entsprechen und durch Aufhebung des Verbots die Unternehmer mit Hilfe von öffentlichen Mitteln in den Stand zu setzen, durch Werkwohnungen die Fröhlichkeit der Arbeiter zu treiben. Latius.

Die Kollegen der Betriebe, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, hatten beschlossen, den Rahmentarifvertrag zu kündigen, um gleichfalls den Versuch zu unternehmen, einen neuen Lohnarif abzuschließen. Durch Verhandlungen war es nicht möglich, eine Verständigung zu erzielen, weil die Fragen der Arbeitszeit, Urlaub, die Arbeitslosigkeit im fließenden Arbeitsprozess Streitpunkte waren, bei denen die Unternehmer keinerlei Konzessionen zu machen gewillt waren.

Deshalb wurde der Schlichter von Großberlin angerufen. Nach langem Verhandeln wurde von der Schlichtungskammer am 5. Juli ein Spruch gefällt. Nach diesem Spruch beträgt die Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden, jedoch steht dem Unternehmer frei, innerhalb 13 Wochen 15 Überstunden von Montag bis Freitag anordnen zu können. Soll mehr als eine Überstunde innerhalb 13 Wochen geleistet werden, so ist eine Vereinbarung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung notwendig. Früher hatte der Unternehmer das Recht, innerhalb 12 Wochen 36 Überstunden anzuordnen. Für die Überstunden wird ein Zuschlag von 15 vH, für Sonn- und Feiertagsarbeit von 50 vH gezahlt. Es ist weiter vereinbart worden, daß dieser Überstundenzuschlag unbeachtet der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 für alle in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter in Frage kommt.

Es war nicht möglich, einen höheren Urlaub bei den Verhandlungen zu erreichen, als er bereits in dem früher bestehenden Vertrag vereinbart war, jedoch beträgt der Urlaub, wenn der Mann nicht mehr als ein Jahr im Betrieb beschäftigt ist, 3 Arbeitstage, über 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre 4 Arbeitstage, über 2 Jahre, aber nicht mehr als 3 Jahre 5 Arbeitstage, über 3 Jahre, aber nicht mehr als 5 Jahre 6 Arbeitstage, über 6 Jahre, aber nicht mehr als 10 Jahre 7 Arbeitstage, über 10 Jahre 8 Arbeitstage.

Es ist dann ein neuer Absatz geschaffen worden, der besagt: Weist ein Arbeiter nach, daß er zuletzt bei einem Mitglied des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt war und dort entlassen worden ist, ohne schuldhaft einen wichtigen Grund zur Entlassung gegeben zu haben (§§ 123, 124 a, 124 b, Absatz 1 S. 2), nachdem ihm in diesem Betriebe ein tariflicher Urlaub zufließt, so steht ihm in der neuen Arbeitsstelle, sobald ihm dort gemäß Absatz 1 Satz 1 ein Urlaubsanspruch erwächst, ein Urlaub zu, der um 1 Tag geringer ist als der, den er auf seiner letzten Arbeitsstelle hatte.

Diese neue Bestimmung des Schiedsspruches ist eine wesentliche Verbesserung. Nach dem Schiedsspruch soll es auch gestattet sein, daß die Entlohnung von Arbeitern, die infolge Krankheit, hohen Alters oder Invalidität weniger leistungsfähig sind, nach freier Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter unter Hinzuziehung eines Mitgliedes der gesetzlichen Betriebsvertretung einem anderen Lohn, als den in dem Vertrag vereinbarten, abgemessen werden kann.

In bezug auf Akkordarbeit wurde eine wesentliche

Verbesserung erreicht, indem durch den Schiedsspruch festgelegt worden ist:

Jeder in Akkord Arbeitende erhält vor Beginn der Arbeit einen Akkordzettel, auf dem die Art der Arbeit und der Preis bezeichnet sein muß. Anstelle der Angaben des Geldpreises genügt Angabe der Akkordzeit, sofern der Geldfaktor dem Arbeitnehmer in zweifelsfreier Weise bekanntgegeben ist. Die Bekanntgabe des Geldfaktors kann auch durch allgemeinen Anschlag erfolgen.

Durch diese Bestimmung werden Mißstände, die sich in den Betrieben des BWMZ eingeschlichen haben, rücksichtslos beseitigt werden können. Auch der Kolonnenakkord ist geregelt, und zwar folgendermaßen:

Bei Kolonnenakkordarbeit muß die Abrechnung nach Fertigstellung und Revision der Arbeit erfolgen. Werden mehrere Akkord gleichzeitig gearbeitet, so können sie gleichzeitig abgerechnet werden. Der gesamte Akkordpreis wird nach Maßgabe der Stundenzahl in einem von der Firma vor Beginn der Arbeit bekanntzugebenden Verteilungsschlüssel verteilt. Die ordnungsmäßige Abrechnung des Gesamtkakordpreises erfolgt durch die Betriebsleitung.

Bei Ausscheiden aus der Akkordkolonne vor Beendigung des Akkordes finden die Vorschriften des Abschnitts IX, Ziff. 10 Anwendung. In besonderen Fällen (zum Beispiel bei Montagkolonnen usw.) kann die Abrechnung mit dem vor Beendigung des Akkordes ausscheidenden Beteiligten derart erfolgen, daß er nach Abrechnung des Kolonnenakkordes den gemäß Absatz 2 auf ihn entfallenden Anteil erhält.

Auch enthält der Schiedsspruch einige soziale Bestimmungen, die sich ergeben aus dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, indem er in dem Tarifvertrag festlegt, daß bezahlt werden soll:

- a) bei Betriebsunfällen die versäumte Arbeitszeit bis zu 8 Stunden
- b) bei Todesfall des in häuslicher Gemeinschaft lebenden Ehegatten bis zu 8 Arbeitsstunden;
- c) beim Tode von Kindern unter 17 Jahren, sofern sie in häuslicher Gemeinschaft leben, bis zu 4 Arbeitsstunden.

Um die tarifliche Regelung der neuen Arbeitsmethode, die sich ergibt aus der technischen Umstellung in den Betrieben (fließender Arbeitsprozess), einzuleiten, ist laut Schiedsspruch eine von beiden Seiten bestellte Studienkommission einzusetzen, zu der auf Wunsch einer der Parteien auch ein parteilicher Vorsitzender hinzugezogen werden kann. Diese Kommission soll prüfen, ob und inwieweit es notwendig und möglich ist, bei der fließend arbeit grundlegende Sonderfragen tariflich zu regeln. Die Verpflichtung ist ausgesprochen, daß die Arbeiter der Studienkommission möglichst bis zum 1. Oktober d. J. beizutreten sind.

Nicht alle Wünsche und Forderungen, die von unseren Funktionären aufgestellt wurden, sind erfüllt worden. Jedoch bringt dieser Schiedsspruch einige Verbesserungen. Dieser Schiedsspruch, der am 5. Juli 1928 gefällt wurde, ist von der Funktionärerversammlung der BWMZ-Betriebe mit großer Mehrheit angenommen worden. Wenn die Unternehmer diesen Schiedsspruch ebenfalls angenommen haben, wird dieses neue Tarifwerk für die Berliner Metallindustrie in Kraft treten.

Die Drangsal der Werkwohnung

Waffenentlassungen sind in der deutschen Wirtschaft noch an der Tagesordnung. Besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bringt die Rationalisierung immer wieder Entlassungen. Hier wohnen aber zehntausende von Arbeitern in Werkwohnungen, ganze Kolonien gehören den Zechen- und Hüttenkonzernen. Sobald die Arbeiter entlassen sind, fliegen die Werte auf Räumung, obwohl in den meisten Fällen kein anderer Wohnraum zur Verfügung steht. Wahre Trauerspiele erlebt man an den Mietsämtern, wo die Anträge nicht mehr einzeln, sondern gleich in Gruppen zur Verhandlung gestellt werden. Wo es gelingt, die Räumung abzuwehren, müssen die Mieter oft genug sich eine erhebliche Steigerung der Mieten gefallen lassen. Und das gerade jetzt, wo sie arbeitslos geworden und auf lange Unterstützung angewiesen sind.

Es liegen aber auch Urteile vor, wonach der Mieter gezwungen ist, gegen eilige Markt Abfindung (Umzugsentgelt) die Wohnung zu räumen. Dann steht der Arbeitslose auch ob d a c h l o s da! Das ist der Dorn des Kapitals! Bei den Räumungsanträgen selbst begründen die Werkverleiher ihre Anträge oft damit, daß Hunderte von Arbeitern ihrer Anlage auf die Werkwohnungen „vorgemerkt“ seien. Und das ist der irrgläubige Punkt bei der Begründung.

Jedem Arbeiter sollte doch klar sein, daß durch seine Meldung auf eine Werkwohnung ein arbeitsloser Kollege daraus verdrängt wird. Dabei ist heute ferner vor dem gleichen Schiedsgericht. Wer heute in eine zwangsgeräumte Wohnung einzieht, kann morgen ebenfalls gekündigt und entlassen werden. Dann blüht ihm das gleiche Schicksal der Kündigung, Klage und Heraussetzung.

Ein Jahr Arbeitsgericht

Eines der größten sozialpolitischen Werke der Nachkriegszeit, das Arbeitsgerichtsgesetz, war am 1. Juli ein Jahr alt. Dieser Geburtstag macht es notwendig, einen Blick nach rückwärts zu werfen, wie die Arbeitsgerichtsbarkeit sich im ersten Jahre bewährt hat. Vor allem ist es notwendig, zu prüfen, ob die Wünsche und Hoffnungen sich erfüllt haben, die namentlich die Arbeiterjugend beim Inkrafttreten des Gesetzes hinsichtlich der praktischen Auswirkung gehegt hat und ob die Arbeitsgerichte das Vertrauen der breiten Massen der Bevölkerung erlangt haben. Um es vorweg zu sagen, die Arbeiterjugend kann mit der praktischen Auswirkung der Arbeitsgerichte im wesentlichen zufrieden sein. Der große Kurz ist in vollem Maße gelungen. Aber das erleben wir, daß auch die Unternehmer und andere Kreise der Bevölkerung in den Arbeitsgerichten als den ersten Teil des noch zu schaffenden großen Werkes des Arbeitsrechts einen Fortschritt sehen.

Als das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft trat, war eine große Zerkünderung zu überwinden. Die Rechtsprechung über das Dienst- und Arbeitsverhältnis wurde von Amts- und Landgerichten, von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Bergwerksgerichten, Schlichtungs- und Schlichtungsgerichten, Innungsanschlüssen, Gewerkschaften usw. ausgeübt. Die Kräfte des Verfahrens waren sehr verstreut. An Stelle dieser Unübersichtlichkeit traten die Arbeitsgerichte. Im ganzen über 527 Arbeitsgerichte als Gerichte erster Instanz ihre Tätigkeit aus. In Preußen gibt es 226 und in Sachsen 20, die bezüglich zusammengefaßt sind. Weit größer ist die Zahl der Arbeitsgerichte in anderen Ländern, vor allem in Bayern. Das Arbeitsgericht Berlin ist das größte von allen, es umfaßt 24 Amtsgerichtsbereiche, hatte im verflochtenen Jahre 37 Säle und mehr denn 50 Vorstände und über 2000 Arbeitsrichter übten dort ihre Tätigkeit aus. Am 1. Juli wird das Berliner Arbeitsgericht um 11 auf 48 Säle vermehrt. Vom Juli 1927 bis Mai 1928 sind beim Berliner Arbeitsgericht 54842 Anträge im Beschäftigungsverfahren und Klagen eingegangen. Vom September 1927 bis Mai 1928 wurde in 436 Sitzungen 20821 Stunden vom Berliner Arbeitsgericht verhandelt. Bei den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten beliefen im Jahre 1920 durchschnittlich 290 Personen die Klagenanzahl. Beim Arbeitsgericht ist der tägliche Besuch von rund 2000 Personen zu verzeichnen. Das sind einige Zahlen aus dem größten Arbeitsgericht, die beweisen, wie die soziale Gerichtsbarkeit in Anspruch genommen wird. Darin weist sich ein starkes Vertrauen in die Arbeit der Schlichter. Diese können darauf stolz sein.

Jeder vernünftige Arbeitgeber wünscht Sozialpolitik

In ihrem Vortrags vom 10. Juli, der von der „Sozialpolitik in der Regierungserklärung“ handelt, läßt sich die Bergwerks-Zeitung folgendermaßen vernehmen:

„Sozialpolitik ist zweifellos gut und notwendig. Jeder vernünftige Arbeitgeber wünscht sie. Den Anforderungen der Zeit muß man gerecht werden, wenn man sie überhört, könnte sich das bitter rächen.“

Was hier von der Notwendigkeit der Sozialpolitik gesagt wird, ist gewiß eine respektable Leistung von einem schwerindustriellen Blatte. Wir selbst könnten es nicht besser ausdrücken. Auch der Fiebel auf die deutschen Unternehmer, den der Satz: Jeder vernünftige Arbeitgeber wünscht Sozialpolitik, darstellt, ist trefflich. Denn da die Sozialpolitik wünschenden Unternehmer an den Fingern abzuzählen sind, muß es mit der Vernunft der deutschen Unternehmerfähigkeit demnach windig bestellt sein. Wogegen auch wir wirklich nichts einzuwenden wissen. Nun bliebe noch die Frage, ob die Bergwerks-Zeitung selbst vernünftig genug ist, Sozialpolitik zu wünschen. Hier auf wird eine ganz zweifelsfreie Antwort gleich in den Stellen des Vortrages gegeben, die den hier oben zitierten Sätzen folgen. Bei jeder sozialpolitischen Forderung der Regierungserklärung hört man vom dem Unternehmerblatt Bedenken und Gezerne, wenn nicht gar ausdrückliche Ablehnung. Und dabei ist die Regierungserklärung in Sachen der Sozialpolitik doch wahrhaftig die Bescheidenheit selbst. Mühen gebührt es dem Blatte ebensosehr wie den Unternehmern an Vernunft, einzusehen, daß „man den Forderungen der Zeit gerecht werden muß“. Wer eine derartige Einseitigkeit könnte sich doch „bitter rächen“. Dessenungeachtet fräut sich die Bergwerks-Zeitung mit Klauen und Hinterleil gegen wirksame sozialpolitische Maßnahmen. Auf diesen Zwiespalt der Natur des Unternehmerblatts läßt sich kein Reim machen. Die „Deutsche Handelsmacht“, das Blatt der deutschen nationalen Handlungsgesellschaften, sagte dieser Lage erst von der Bergwerks-Zeitung, daß sie „in mancher Hinsicht nur noch humoristisch zu nehmen“ sei. Dies wird durch ihren hier betrachteten Artikel einmal mehr bekräftigt.

Ein Geldscharrer ins Meer geflogen

Bei einer Fahrt im Flugzeug fiel der in letzter Zeit oft genannte belgische Finanzmann Alfred Löwenstein in den Ärmelkanal. Löwenstein pflegte in eigenen Flugzeugen von einem Börsenplatz zum andern zu reisen. Wie der Aufstieg dieses Mannes, war auch sein Ende. Die Begleiter hatten das Verhängen Bösensteins kaum gemerkt. Angeblich soll er den Toilettenraum im Flugzeug eingestiegen haben, von wo er nicht mehr zurückkehrte. Erst nach einiger Zeit begann man nach ihm zu suchen. Aus einer offenstehenden Tür im hinteren Teile des Flugzeuges war Löwenstein ins Meer gestürzt.

Damit endete ein Großkapitalist von seltenem Ausmaß. Aus den Fluten der Kriegs- und Nachkriegszeit stieg er empor. Mit dem gehobenen Geschick begann er Goldgesellschaften aufzubauen, mit deren Hilfe er Werte großer Elektrowerke und der Kunstseidenindustrie an sich zu ziehen vermochte. Er drang in das Kunstseidengebiet ein und verstand es, große Aktienpakete der Kunstseidenunternehmungen in Belgien, Holland und England aufzukaufen. Von den Vereinigten Glanzstoffwerken Elberfeld und der F. A. Henberg soll er 10 bis 15 vH des Aktienkapitals besitzen haben. Der Kurswert der in Löwensteins Goldgesellschaften vereinigten Papiere wurde vor noch nicht langer Zeit auf 100 Millionen Dollar geschätzt. Man nannte ihn den fliegenden Bankier, weil er überall und nirgends zu sein pflegte.

Wie es diese Reureichen zu tun pflegen, lebte Löwenstein auf großem Fuße. In Biarritz, einem französischen Seebad, hatte er mehrere Villen, die er zur Unterbringung seiner Gäste verbandte. Er verdiente viel und gab viel aus. Luxus umgab ihn, wo er sich auch zeigte. Nun ist dieser Geldscharrer ins Meer geflogen. Noch eine kurze Zeit wird man sich seiner erinnern, so etwa, wie man sich des Herrn Stimmes erinnert.

Warnung. Die Klempner werden vor Arbeitszunahme in Hamburg gewarnt, da sie dort, wo Arbeitslose reichlich vorhanden sind, Entlohnungen erleben werden.



Technik und Werkstatt



Der Techniker auf Reisen In Dänemark, England und Holland

Einer unserer ständigen technischen Mitarbeiter schreibt uns: Bereits auf der Fahrt nach Kopenhagen erhält man einen unergiebigen Eindruck, und zwar dort, wo die Eisenbahnwagen auf das Fährschiff gebracht werden, in Warnemünde. Den Dienst zwischen Gjedser und Warnemünde versehen zwei Fährschiffe, ein deutsches und ein dänisches. Die Wagen werden von der Lokomotive auf die Gleise des Fährschiffes gestochen, dort verankert und gehen nun einfach als Gepäc mit über das Wasser. Die Überfahrt dauert etwa zwei Stunden. Nicht einen Augenblick überkommt einen ein Gefühl der Unsicherheit; durch die Größe des Schiffes ist auch das auf See bedenkliche Schwanken nicht oder nur wenig zu merken. Nach Verankerung der Wagen kann man aus ihnen steigen und in die Räume des Fährschiffes gehen, die mit Erfrischungsräumen und allen Bequemlichkeiten ausgestattet sind. Das deutsche Fährschiff ist so gebaut, daß das Vorderende hochgeklappt und nach dem Verladen des Zuges wieder geschlossen werden kann. Es hat drei Geleise, so daß drei Züge gleichzeitig aufgeföhren werden können; außerdem können Autos aufföhren und sonstige Fahrzeuge. Für leicht zur Seefrankheit neigende Leute sind Kabinen vorgesehen, in denen sie sich zur Überwindung des Speisebells hinlegen können. Bei der Ankunft in Gjedser sieht man natürlich dem Anlaufen des Schiffes sowie seiner Verbindung mit dem Landdienststrang zu und man steht bewundernd vor der technischen Lösung dieser Aufgabe. Der Zug wird von einer Lokomotive abgezogen und dem bereits wartenden Zug eingereiht und weiter geht die Fahrt durch das wunderbare Dänemark mit seinen herrlichen Weidplätzen. Die deutsche Sprache ist auch hier gültig. Überall kommt man damit durch, wenn man vielleicht auch höhere Preise bezahlen muß als der Eingeborene. Dänische Gastfreundschaft ist sprichwörtlich, und so kann es vorkommen, daß man von einem Fremden, mit dem man sich gut auf der Reise unterhalten hat, bereits in sein Heim geladen wird, wobei es bitter berüßelt werden könnte, wollte man dieser Einladung nicht nachkommen.

Industrie ist in Dänemark nicht so bedeutend wie in Schweden. Bedächtig und abwägend, jedes Ding von allen Seiten betrachtend, so steht der Däne einer neuen Maschine gegenüber. Selbst nach vollendeter Vorführung kann er sich noch nicht zu einem reiflichen günstigen Urteil dem Deutschen gegenüber entschließen. Aber das darf einen nicht stören. Innerlich ist er mit der Maschine vertraut und zufrieden, wenn sie den Versprechungen entspricht. In der Fabrik höchste Entwicklung von Massenarbeit, Serienarbeit und Fließarbeit. Einstellung auf nur wenige Typen, diese aber preiswert und sauber gearbeitet. Besonders auffällig sind zum Beispiel in Kopenhagen die vielen Radfahrer. Kopenhagen ist die Stadt, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Radfahrer aufweist. Auf den Straßen, in den Läden, überall stehen Gestelle, wo der Radfahrer sein Rad unterstellen kann. Es fällt hierbei keinem ein, das Rad anzuschließen. Diebstähle kommen fast nicht vor; es hat ja fast jeder so ein Ding.

Die Räder selbst, fast alles eine (inländische) Marke, dauert und preiswert. Durch die vielen Radfahrer ändert sich das Stadtbild: die hüßlichen Motoristinnen sind alle mit umgehängten Reisetaschen ausgerüstet, so daß man der Meinung ist, sie wollten gerade verreisen. Alles dem Zweck angepaßt. Die Eisenbahnwagen 3. Klasse gepolstert, in Fernzügen fahren nur solche, in denen es sich recht bequem sitzt. Sauberkeit überall, Entgegenkommen der Einwohner und Beamten überraschend. Geessen wird unheimlich viel, in den Fabriken sind die Pausen so gelegt, daß das Mittagstod abends um 6 Uhr genommen wird. Dem folgt aber noch ein Nachtessen!

Mit den modernsten Großautos werden Fahrten am Strand und durch das Land veranstaltet, wobei besonders auffällt, daß die Straßen alle staubfrei sind. Selbst bei heißem Wetter findet keinerlei Staubbelästigung statt.

Aud nun weiter durch Dänemark durch, nach Esbjerg, dem Hafen zur Überfahrt nach England. Diese dauert 24 Stunden, und es kann hier wohl vorkommen, daß die berühmte Nordsee manches Seefrankheitsopfer fordert. Aber die gut eingerichteten Dampfer gestatten auch hier die erdenklichsten Erleichterungen. Liegestühle überall, Radio aus England oder Dänemark, so daß die Überfahrt bei schönem Wetter ein Genuß ist. Der vorsichtige Mann hat schon vorher wenig geessen und wird auch der Dampferküche wenig Ehre antun. Ein kräftiger Kaffee hilft den Wankenden wieder auf die Beine. Hartwich, ein kleiner Hafen und doch so bedeutend. Nach ungefähr 1 1/2 Stunden ist London in Sicht und man bekommt den ersten Eindruck pulsernden englischen Lebens. Da geht es durch Tunnel, zwischen schwarzen Häuserreihen, Unterführungen hindurch in einer Geschwindigkeit, die verblüßt. In London abends die heimkehrenden Arbeiterheere. Das stürzt und drängt und schießt in Lere und Gänge, den Bahnhöfen und Untergrundbahnen zu. Dazwischen der verwirrende Verkehr der Autos, der zweifelhafte Tramwayen und Autobusse, Motorfahrer und Radfahrer, so daß der Fußgänger als vollkommen überflüssig warten muß, bis der weißberandshuhte Schutzmann ihm den Weg frei gibt. Und nun ins Herz der Industrie, an Grubengebenden, Manchester und Birmingham vorbei nach Glasgow. Unterwegs einstädtige Häuser in unübersehbaren Reihen, mit eigenartig breiten Soporsteinen, auf denen sechs und mehr Rohre sitzen. Alles schwarz in schwarz, ein Bahnhof am andern, zwischen diesen Schichten der Arbeit Wiesen mit Rot- und Weißdornhecken und prächtigem Vieh auf der Weide. Man glaubt sich mit einem Schlag in eine andere Welt versetzt.

Glasgow selbst, eine schöne Stadt bei Sonnenschein, aber schwarz und trüßlos bei Regen. In der Stadt herrliche Gebäude; die Industrie hat ihren Platz draußen. Geld wird gemacht, aber es wird auch gebraucht. Es bekommt beispielsweise ein Mädchen, das in Afford ein und dieselbe Arbeit an einer Maschine macht, etwa 1 Schilling in der Stunde, was ungefähr 1 A entspricht. Fließarbeit auch hier, und doch konnte festgestellt werden, daß diese nicht in allen Fällen vollkommen ist. So sah ich zum Beispiel, daß das Aufspannen von gleichen Werkstücken, wozu wir in Deutschland Vorrichtungen haben, in die diese Stücke mittels eines Hebels mit einem Griff festgestellt werden, hier durch Klügelmuttern geschah, was nicht allein eine Verlängerung der

Arbeitszeit, sondern auch eine Erschöpfung für den Arbeiter bedeutet. Andererseits wieder Transportvorrichtungen, die vorbildlich sind. Jede dem Zweck angepaßt und vor allem so gebaut, daß Stöckungen nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen werden. Die Fabrikräume zu ebener Erde, Ankleideräume nicht vorhanden, die Möbel mußten ihre Sachen an einen Platz der Werkstatt hängen, wo sie dem Schmutz und reichlichen Staub ausgesetzt waren. Selbstredend spielt auch hier die Stoppuhr eine große Rolle. Spezialmaschinen modernster Art und äußerst zweckmäßig gestatten eine leichte Bedienung.

Hier muß man schon die Landessprache beherrschen. Ich fand nicht einen, mit dem ich mich hätte deutsch verständigen können. Der Engländer spricht nur englisch. Auch hier abwägend und haarscharf kontrollierend, mißtrauisch und voreingenommen, so steht der Engländer fremden Erzeugnissen gegenüber. Immer findet er noch ein Hintertürchen, noch einen Wunsch, der unter die Garantie fallen könnte, was letzten Endes nur dazu dient, eine Preisverminderung zu erzielen.

Und nun abermals zurück über London, das beim Morgengrauen erreicht wird. Aber da ist noch alles still. Die mit unheimlicher Geschwindigkeit fahrenden Untergrundbahnen sind noch fast leer. Wieder kommt man sich durch Tunnel, wird in Aufzügen runtergeföhren und in fliegender Eile von einem Bahnhof zum andern befördert, krabbelt da aus einem Loch, dem Untergrundbahnhof, und wartet auf seinen Anschlußzug. Mittlerweile wird es 8 Uhr, das Leben beginnt, und 1/2 Uhr strömt wieder alles in die Geschäfte. In den Untergrundbahnen geregeltere Leben. Das kleine Möbel steigt ein, nimmt ihr Buch, eine Kurzgeschichte, aus der Handtasche. Schon ist Welt und Bahn vergessen. Ist die Geschichte aus, ist das Möbel auch am Bestimmungsort. Das nennt man dann Zeitausnutzung! Und wieder ergiebt sich der Menschenstrom auf die Straßen, die Uniform der Heilsarmee tritt dem Fremden so oft entgegen, daß er meint, eine Kaserne würde verlegt.

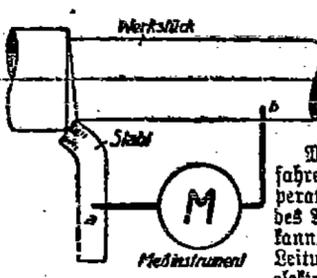
Und wieder geht es nach Hartwich. Hier ein Erlebnis, das mir zu denken gibt. Man geht als Fremder mit Fragen immer an die Stelle, der man am meisten zutraut, daß sie Bescheid weiß, so auch ich zu dem Mann mit der roten Mütze, dem Bahnhofsvorsteher. An der Aussprache hatte er mich ja sofort als Fremden erkannt, und nun, nicht allein daß er mir bereitwillig Auskunft gab, nein, der hohe, vielbeschäftigte Herr kam selbst mit mir, nahm eine meiner Gepäckstücke und führte mich an den richtigen Wagen. Ohne meinen Dank für seine Lebenswürdigkeit abzuwarten, war er lautlos verschwunden. Ein sehr hüßliches Gegenstück in Deutschland. Posthalter: eine Minute vor 8 Uhr. Eingeschriebener Brief. Postbeamter schießt frühstückend hinter dem Schalterfenster, öffnet, sieht eingeschriebenen Brief an, schnappt das Fenster mit den Worten zu: Schalter wird erst um 8 Uhr geöffnet! Habe ich recht, daß mir der englische Stationsvorsteher zu denken gibt oder soll es lieber der deutsche Postbeamte?

Die Überfahrt von Hartwich nach Bliffingen (Holland) ging bei schönstem Wetter in sechs Stunden von statten. Nun ging es durch Holland mit einem vollkommen anderen Landschaftscharakter. Alles sauber, einstädtige Häuser, Weidplätze, Windmühlen, die Bauern in ihrer ansprechenden Tracht. Zu dieser Zeit alles festlich geschmückt — Olympiade in Amsterdam! Die Sprache einigermaßen verständlich, da sehr dem Deutschen ähnelnd. In Holland kann es dem Deutschen gefallen.

Auch hier Sauberkeit und Ordnung in den Betrieben. Fürsorge für die Arbeiter in jeder Weise. Keine Industriorte dürste Holland wohl nur wenige aufweisen und sie treten nicht so in Erscheinung wie in Westfalen, Sachsen, Württemberg usw. Leider war es mir nicht vergönnt, die technisch sehenswerten Dämme zur Lanberweiterung zu sehen, die dem Zudeersee neues Land abringen sollen. Aber was man in technischen Abhandlungen über dieses Gebiet hört, ist deart hervorragend, daß man jede Gelegenheit benutzen sollte, sich diese Werke anzusehen. W e h a.

Die Temperatur des Drehstahls

Beim Drehen, Bohren und Fräsen spielt die Temperatur des Stahls eine große Rolle: je größer die Schnittgeschwindigkeit und je härter der Span, desto heißer wird das Werkzeug. Für die Prüfung und Erzeugung wertvoller Werkzeuge ist es daher wünschenswert, daß man die Temperatur an der Schnittstelle jederzeit messen kann. Auch kann man nur dann die Wirksamkeit von Kühlmitteln beurteilen und die beste Werkzeugführung ermitteln, wenn ein zuverlässiges Meßinstrument vorhanden ist. Dasselbe gilt für die Bestimmung der günstigsten Schnittgeschwindigkeiten und Spanstärken.



Man hat nun neuerdings ein Verfahren erunden, mit dem die Temperatur der Stahlschneide während des Arbeitens genau gemessen werden kann. An den Stahl wird bei einem Leistungsbedarf befestigt, der zu einem elektrischen Meßinstrument (Millivoltmeter) führt und von dort aus bei an dem Werkstück schließt. Sobald nun die Stahlschneide warm wird, zeigt das Instrument einen elektrischen Strom an, der um so stärker ist, je heißer die Schneide. Die Einrichtung wird geeicht und läßt dann die Temperatur des Stahls genau ermitteln. Stromquelle ist dabei die Berührungsstelle zwischen Stahl und Werkstück; man nennt solche Anordnung Thermoelement. Wie unseren Lesern bekannt ist, werden ähnliche Elemente (nämlich Zellen zwischen Kupfer und Konstantan) in den sogenannten Pyrometern zum Messen hoher Temperaturen in Eisen usw. verwendet.

Neue Lötlmittel für Gusseisen und Aluminium

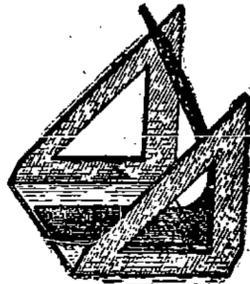
Es läßt sich nicht leugnen, daß auf dem Gebiete der Schweißtechnik erhebliche Fortschritte gemacht worden sind mit dem Ergebnis, daß Stücke, die man früher als unbrauchbar auf den Schrotthaufen brachte, wieder verwerten kann. Die Ausführung der Schweißarbeit selbst hat durch einige neue Lötlmittel wiederum eine Erleichterung erfahren. Das unter dem Namen Silett auf den Markt gebrachte Lötlmittel löst Gusseisen mit Gusseisen, Gusseisen mit Schmiedeeisen,

Stahl, Kupfer, Bronze, Nickel, Rotguss, Messing, ferner jedes dieser Metalle mit irgendeinem anderen dieser Gruppe, wie zum Beispiel Kupfer gegen Kupfer. Ein anderes Lötlmittel, das Alulot, wird verwendet zum Löten von Aluminiumlegierungen, Aluminiumguss und Aluminiumblech. Die Silettlösung kann mit jeder bereits vorhandenen Wärmequelle schnell und ohne Gefahr für den Schweißenden schon bei 700 Grad ausgeführt werden. Die Festigkeit der Lötstelle ist in der Regel höher als die des Gußstückes selbst. Das Lötpulver wird dabei mit etwas Wasser zu Brei angerührt und auf die gereinigten Bruchflächen aufgetragen. Die Werkstücke müssen mit Eisendraht oder Schrauben gut verbunden werden, damit eine Verschiebung im Feuer nicht möglich ist. Dann wird die Lötstelle mit Lötfluge nach oben mit der Wärmequelle (Feidtschmelde, Bötampe, Autogenbrenner) durchgreifend und gleichmäßig bis zum Schmelzpunkt des auf die Lötfluge zu gebenden Lotes erwärmt. Gleichzeitig wird trockenes Silettpulver während des Erhitzens auf die Lötfluge gestreut. Die Lötarbeit ist hiermit vollendet und die Werkstücke brauchen jetzt nur noch langsam abgekühlt zu werden; ein Abschrecken ist zu vermeiden.

Bei der Lötung von Aluminium oder dessen Legierungen mit Alulot werden die aneinander zu löten Stellen nach Reinigung des Stückes messerartig zugefeilt, damit sich ein Lötkanal ergibt. Die Lötfluge wird durch Schaber befeuchtet und es werden Unterlagen durch Asbest oder Blech zwecks Vermeidung des Auslaufens des flüssigen Lotes geschaffen. Die Lötfluge, nicht das Lot, werden erwärmt, bis das Lot an den erwärmten Stellen selbst zu schmelzen beginnt. Das in die Lötfluge geflossene Lot wird mit Metallstab an den Lötflächen unter weiterer Erwärmung des Werkstückes vertrieben, damit eine innige Verbindung zwischen Lot und Werkstück hergestellt wird. Das gelöbete Stück läßt man ebenfalls langsam abkühlen. S. R.

Rohrhaltevorrichtung

Wenn an längeren Rohren gearbeitet werden soll, besonders wenn es sich darum handelt, Rohrlöcher und anderes anzulöten, so benützt man mit gutem Erfolg die abgebildete federnde Rohrhaltevorrichtung. Der Hauptteil besteht aus zwei senkrechten Dreiecken, die mit dem Grundblech aus einem Stück geschnitten und gebogen werden. Auf das Grundblech nietet man eine gebogene Metallfeder, wie aus der Abbildung hervorgeht. Wenn nun ein Rohr bearbeitet werden soll, befestigt man die Feder herunter, zieht das Rohr durch die beiden Dreiecksrahmen hindurch und läßt dann die Feder los. Dann hält die Feder das Rohr in den Dreiecksrahmen fest, so daß man bequem daran arbeiten kann.



Aus der Nickelindustrie

Der Weltverbrauch an Nickel war in den letzten Jahrzehnten starken Schwankungen ausgesetzt. Zu Beginn des Jahrhunderts langsam anwachsend, brachten die Jahre 1914 bis 1918 einen ungeheuren Anstieg, der dem Bedarf an Nickelstahl für Marine- und Militärszwecke zuzuschreiben war. Die Jahre nach Kriegsende zeigten eine sehr scharfe Senkung des Verbrauchs, da keine Panzerplatten mehr hergestellt wurden, und die Rüstungsindustrie nicht mehr viel zu tun hatte. Erst in den letzten Jahren ist wieder ein starker Anstieg zu beobachten, da eine Reihe neuer Abgabegebiete für Nickel entdeckt wurden. Als Hauptzweiger für Nickel ist Kanada zu nennen, das 90 bis des Weltbedarfs deckt; während für die übrigen bleibenden 10 bis im wesentlichen die französische Kolonie Neukaledonien in Betracht kommt. Erwähnt sei, daß die kanadischen Nickelzweige etwas Platin enthalten und die alljährlich als Nebenprodukt gewonnene Platinnmenge so groß ist, daß Kanada in der Platinerzeugung der Welt an dritter Stelle steht. Weitaus das meiste Nickel wird für die Herstellung des Nickelstahls verbraucht (35 bis der Weltzeugung), der sowohl im Eisenhohbau, als auch im Maschinenbau vielfach Verwendung findet; etwa 20 bis entfallen auf die Gewinnung von Kupfer-Nickellegierungen, wie das Monometall (Hochdruckstahl), und 15 bis werden verbraucht, um Nickelblegierungen (Neusilber usw.) herzustellen. Alle die übrigen zahlreichen Anwendungsgebiete für Nickel beanspruchen nur ganz wenige Prozente von der Gesamtzeugung, insbesondere verlangt das jetzmann bekannte Vernickeln von Geschütz und Beschlägen nur etwa 5 bis der Produktion. Als weitere Anwendungsgebiete sind zu nennen die Herstellung von Edison-Alluminaloren, die immer mehr für den Antrieb der Elektromobile herangezogen werden, ferner die Gewinnung von Nickelstaubkatalysatoren, die für die Fettsäureindustrie (Gewinnung von schmalartigen Fetten aus flüssigen Ölen, Tranen) Bedeutung besitzen; schließlich wäre noch das neueste Anwendungsgebiet anzuföhren, das vielleicht große Zukunft besitzt, das mit etwas Nickel legierte Gusseisen. Nickelzusatz erhöht hier ein dichtes Gefüge, zunehmende Härte bei guter Bearbeitungsbarkeit. Eine verhältnismäßig starke Verunreinigung von Nickel macht das Eisen vollkommen unmagnetisch, es entstehen Legierungen, wie sie für manche elektrotechnische Sondergebiete erwünscht sind.

Gefriermilch

Wenn die Milch gefriert, set es im Winter im Freien, set es auf künstlichem Wege, so beginnen sich ihre Bestandteile zu trennen; der festgefrorene Hod besteht dann aus einer oberen gebähterten Schicht, die fast das gesamte Milchfett enthält, während die unteren Teile größtenteils aus Käsein und Milchzucker bestehen. Nimmt diese gefrorene Milch wieder den flüssigen Zustand an, so besitzt sie weder die Eigenschaften noch die chemische Beschaffenheit der Anfangsmilch; insbesondere bleibt das Fett zu Klumpen zusammengeballt. Eine derartige Milch hat auch ein schlechtes Aussehen, und so braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie trotz der verschiedensten Versuche nicht zur Einführung kam. Gelänge es, Milch so zum Gefrieren zu bringen, daß die oben erwähnten Veränderungen sich nicht einstellen, so würde dies ohne Zweifel die Konservierung und den Transport sowie den Handel sehr erleichtern. Wie verläuft, ist es nun möglich in Frankreich gelungen, Maschinen und Apparate zu bauen, die eine rationelle Herstellung von Gefriermilch ermöglichen. Der Kunstgriff besteht kurz darin, die Milch in ganz dünnen Schichten durch eine stark unterkühlte, rasch bewegte Sole gefrieren zu lassen, mit anderen Worten, die Milch so schnell zum Erfrieren zu bringen, daß die einzelnen Bestandteile gar nicht Zeit finden, sich zu trennen. Derartige Gefriermilch liefert nach dem Auftauen eine Flüssigkeit, die, was Aussehen, Geschmack und Gehalt anlangt, fast ganz der anfänglich verwendeten Milch gleichkommt. Die Erfahrungen, die von großen Milchlieferungsgeellschaften der Normandie bisher gemacht wurden, lauten günstig und auch die von französischen Instituten ausgeführten Analysen der gefrorenen und wieder aufgetauten Milch zeigen praktisch dieselben Werte wie die der anfänglich verwendeten Milch. Was die Wirtschaftlichkeit anlangt, so wird angegeben, daß die zusätzlichen Kosten dort, wo billige Kohlen oder elektrische Energie oder reichliche Wasserkraft vorhanden sind, nur gering ausfallen im Vergleich zu den großen Vorteilen, welche die Gefriermilch im Gefolge hat, nämlich vollkommene Haltbarmachung während längerer Transportzeit, beim Händler und auch beim Verbraucher.



Familie und Heim



Von der wahren Bildung

Es ist ein eigen Ding mit der Bildung. Wollte man fragen, was man darunter versteht, dann könnte man mit den Antworten ein recht buntes Bild zusammenstellen. Jedenfalls sind die Maße, mit denen die Bildung gemessen wird, recht verschiedener Art, das Geld spielt noch eine recht große Rolle. Vor allen Dingen in der bekannten „gebildeten“ Oberschicht. Wir wollen es ruhig dahingestellt sein lassen, wie weit in dieser Oberschicht die Bildung zur Einbildung ausgeartet ist und wie weit sie sich nur auf der Oberfläche befindet. Es gab und es gibt in dieser sogenannten Gebildeten Schicht ungläubliche Hohlköpfe!

Ein Urteil kommt bekanntlich erst dann zustande, wenn man mehrere Dinge, zum mindesten aber zwei einander gegenüberstellt. Aus diesem Grunde müssen wir immer und immer wieder uns vergleichen mit den anderen und die anderen wiederum mit uns. Aus solcher Betrachtung heraus ergibt sich dann das klare Bild von uns selbst, unserer Lage — unserer Bildung. So werden wir auch zu der Überzeugung kommen: Die Art und Weise jener Bildung ist uns nicht das Erstrebenswerteste! Wohl aber alle die tausend Möglichkeiten, die als Ziel des wirklichen Bildungsstrebens auch uns erreichbar sein müssen!

Es gibt zwei Arten von Bildung, solche, die das Herz vorführt, das ist die Herzensbildung; die andere ist die Schulbildung. Die „gebildete Oberschicht“ hatte alle beide Bildungsarten in Pacht genommen. Die andere, das heißt alle diejenigen, deren Vater nicht über einen bestimmten Geldbeutel verfügte, die gehörten ganz einfach zum Plebs, es waren die „ungebildeten“. Unter Bildung verstand man im großen ganzen das gewandte Sichbewegen können — unter sich natürlich, man mußte moderne Ansichten haben, und im übrigen genügte die „gute Allgemeinbildung“.

Vor dem Kriege, als wir noch das Dreiklassenwahlrecht hatten, waren sie die Vereideten, die wohl oder übel Maßgebenden, vor ihnen ging der „gute Ton“ aus, der in schwachem Abglanz bis in die Häuser des biederen Bürgers und kleinen Beamten drang. Man mußte sich nur benehmen können, dann war man schon etwas. Wie wäre es so manchem Hochstapler sonst gelungen, sein wenig ehrsam Handwerk auszuüben, wenn nicht eben seinem flotten Benehmen, seinem tadellosen Anzug und dem — hochflingenden, wenn auch falschen Namen geglaubt worden wäre.

Der Krieg überdünnte innerhalb Jahre lang scheinbar die Unterstufe; aber da kam die Inflation. All die Raffes und Reureichs, die da wie Pilze aus der Erde wuchsen, die zeigten die lebendig gewordene Sehnsucht bestimmter Elemente nach jenen bis dahin unerreichten „Höhen“. Diese Zeit, so traurig und trostlos sie in unserer Erinnerung besteht, so unendlich traurig ihre Nachwirkungen heute noch sind, eines kleinen Lächelns können wir uns doch nicht enthalten, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß uns diese Schieber, ungewollt natürlich, aber um so deutlicher zeigten, was an der ganzen Bildung jener damals herrschenden Klasse das stärkste Merkmal war: Die äußere Aufmachung, nicht der innere Wert!

Damit also ist gesagt, daß der eigentliche Wert der Bildung ein innerer ist, daß er mit der Art des Sichbehauptens nichts zu tun hat. Aber auch die Schulbildung allein ist noch nicht Gewähr dafür, daß der so Gebildete nun ein wertvoller Mensch wäre. Sonst müßten ja zum Beispiel die Menschen die besten sein, die die besten Schulen besucht haben! Aber es kann gerade ein solcher trotz seiner adglatten Gewandtheit und seinem großen Buchwissen der allergrößte Dumpe sein. Haben wir es denn nicht erlebt, daß gerade Menschen aus dem Volke, Menschen, die über die einfachste Schulbildung verfügten und in mangelhaften sozialen Verhältnissen groß wurden, zu hochwertigen Menschen ausgereift sind! Äußere Bildung ist nur ein Rohbehelf, Bildung im wahren Sinne des Wortes ist die innere Gestalt des Wesens, seine Charakteranlage, seine Stellungnahme zum Guten und Bösen, zu glücklichen und unglücklichen Gelegenheiten, sein Einstellungsvermögen zur Menschheit.

Wenn ich vorher sagte, daß die Bildung nur ein Rohbehelf ist, so soll damit aber nicht gesagt sein, daß wir ihrer etwa nicht bedürftig sind! Sie soll Ergänzung sein! Sie darf nicht mehr unbedingt ausschlaggebend sein für die Güte und den Wert einer Persönlichkeit, Bildungsmöglichkeit darf kein Standesvorrecht mehr sein. Wenn unsere Forderung nach der „freien Bahn für den Lützigen“ eine der stärksten des Sozialismus ist, so muß Härend gesagt werden, daß wir nicht jene bloße, rein verstandesmäßige Bildung für die Begabten weiter ausarbeiten, sondern wir wollen, daß aus unserer Reihen, aus unserer Mitte die Befähigten, die Lützigen, die Strebsamen, die wirklich Wollenden berechnungswiese vorzügliche Posten einzunehmen befähigt werden. Den Vorzug müssen wir von uns werfen, daß wir Feinde der Bildung seien. Man fühlt nur, daß das, was jene Kreise bisher als sogenannte Bildung angesehen haben, sich als lebensunwürdig erweisen hat. Welche Gründe waren zum Beispiel früher maßgebend, daß einer in ein Amt kam, in eine führende Stellung? Stand da nicht in erster Linie die sogenannte „gute Familie“? Und welche Folgen können wir heute noch in erschreckender Weise wahrnehmen? Das Strafgesetzbuch bringt eine Verbesserung; wer konnte aber besser die Änderungen der Steuerreform, die Regelung der Fülle der Arbeitszeit, des Frauen- und Mutterschutzes, der Kinderfürsorge und der Fürsorge für Alte und Kranke durchsetzen als diejenigen, die aus eigener Aufzucht, aus eigener Lebenserfahrung und aus hartem Ringen heraus sich für alle diese Bestrebungen selbst einsetzen?

Die Kämpfe, die die Jungen in ihrer Jugend und in ihren Reihen haben durchzuführen müssen, zum Teil gegen einen ungeheuren Mod von Vorurteilen, Standeshaß und Machtbewußtsein, ehe sie zu denen werden können, die sie was geworden sind, die müssen unseren Zukünftigen erspart bleiben, damit ihre wertvollen Kräfte ganz dem Menschheitsdient zugewandt werden können. Unsere Zustände kann man natürlich mit der besten Schulbildung nicht aus der Welt schaffen, das ist im Grunde genommen aber auch ungewisslich für die Allgemeinheit, ja, wenn es auch möglich wäre, sie dürften dem Einzelnen nicht erspart bleiben, denn sie ersticken die innere Gestaltung des Charakters. Der andere Weg aber muß für jeden frei sein, es darf keine geblühenden Schminke mehr geben für Vorurteilstümpfe!

Welches ist das beste Erbeil, das Vater und Mutter ihren Kindern mitgeben können? Die Schulbildung eines Teils und die Gesinnungsbildung in der Familie zum andern Teil! Wir dürfen nicht diese beiden Bildungswege trennen wollen, das Schwere liegt aber bei der Familie. Denn in erster Linie steht die Gesinnung, Familienvater und Familienmutter müssen aber mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre eigene wirtschaftliche Lage verbessern! Das bedeutet: Unentwegtes Kampfen für ausreichenden Lohn, unbedingte Teilnahme an allen Schulfragen, es bedeutet immerwährendes Wachsein, damit kein Staub sich wieder ansammelt auf den Forderungen unseres sozialistischen Bildungsgebantens.

Wanderlied

Eng sind die Mauern
Und weit ist die Welt,
Und golden die Sterne
Am blauen Geleht,
Und hant sind die Blumen
In Wald und in Flur,
Drum schnür ich mein Ränzle
Zu fröhlicher Tour.

Verlasse die Städte,
Die Straßen, den Staub,
Wandre durch Wälder
Und raschelndes Laub.
Hör nicht mehr Stampfen
Und Kreischen und Schreien,
Hör lustig nur Singen
Die Waldvögelein.

Vögelein, ihr frohen,
Lehrt mich ein Lied,
Das mich aus Tiefen
Zu Höherem zieht!
Will es denn Singen
Sindaus und landein,
Allen den Menschen
Ins Herz hinein.

Das Lied der Freiheit,
Das mühte es sein,
Von Freundschaft und Liebe
Und edelstem Sein!
Ihr wehenden Winde,
Ihr Blümlein am Rain,
Du Vöglein im Grunde,
Stimmt alle mit ein!

Lehret mich Singen
Der Menschheit zur Freud,
Lehret mich jauchzen
Trop Mühe und Leid!
Lehret mich schaffen
Mit tapferem Mut,
Lehret mich leben
Der Menschheit zugut!

Behr ich dann wieder
Aus Waldesjamkeit,
Sing ich zur Arbeit
Mein Liedchen mit Freud.
Und alle, dies hören,
Die stimmen mit ein,
Das gibt dann dem Schaffen
Den fröhlichsten Schein. M. R.

Wenn unsere Säuglinge reden könnten

Ich bin zwei Monate alt und sehe nicht ein, warum nicht auch ich einmal reden soll, was mir in dieser Welt nicht recht ist. Sie soll es nur hören, die Mutter, warum ich so oft weine und mir nicht anders zu helfen weiß, als so zu schreien, das ist den Eltern in den Ohren gelt.

Also, damit ich gleich damit beginne: ich will absolut nicht unter einer dicken Decke schlafen, wenn die Vorhänge des Wagens fest herabgelassen werden, daß ich fast erstickte. Ich will aber auch nicht aus dem warmen Bett genommen werden, um im bloßen Hemd im ungeheizten Zimmer auf dem Schoß irgendeiner Taute zu hocken. Dagegen wäre es mir sehr recht, täglich in einem Wasser von 35 Grad Celsius gebadet zu werden. Die Mutter soll nur einmal wissen, daß es mir in der Seele zuwider ist, wenn das Wasser einmal zu kalt und das nächste Mal wieder zu warm ist, bloß weil sie nicht das Thermometer in das Wasser stellt, sondern glaubt, daß ihr Finger ein ebenso gutes Thermometer ist! Auch zum Beispiel ist es mir passiert, daß mein Gesicht mit dem süßartigen Badewasser gewaschen worden ist, und dann hat sich die Mutter gewundert, daß ich einen Ausschlag bekommen und oft irrefühlich geweint habe. Mein Gesicht ist eben noch sehr empfindlich, es muß mit reinem Wasser und einem weichen Schwamm gewaschen werden. Parfümierte Seifen sind mir ein Greuel. Wenn ich reingewaschen bin, rieche ich auch ohne sie gut genug!

Ganz besonders böse kann ich werden, wenn Mutter mich beim Baden jählich hält; da bekomme ich jolige Atemnot, daß ich manchmal glaube, ich erstickte in der nächsten Minute. Mutter meint scheinbar, meine Nägel sind noch zu klein, um regelmäßig geschnitten zu werden. Aber da tritt sie sehr, denn ich bekomme sehr leicht kleine Geschwüre, wenn ich mich mit schmutzigen Nägeln kratze. Über Abkühlung schreie Mutter überhaupt ganz komische Anführer zu haben. Einmal werde ich vor jedem Lätzchen bewahrt und ein anderes Mal wieder nach dem Bad fast abgerieben. Freu ich es dagegen, ein paar Mal im Zuge der geheizten Zimmer nur im Hemd aus der warmen Decke läßt sie sich strampeln. Wenn ich auf dem Bauch liegen kann, dann spare ich ordentlich, wie mich das tröstet. Das ist mein liebster Sport, mich dann langsam aufzurichten. Die Erwachsenen glauben gar nicht, wie mich das freut, weil ich fühle, wie stark ich bin.

Vor allem aber verlange ich eine vernünftige Nahrung. Ich halte manchmal die Bauchschmerzen wirklich kann mehr aus. Und da mein Schreien nichts nützt und Mutter glaubt, daß es bloße Laune ist, so sage ich folgendes: Die Milch sollte doch wahrhaftig die beste Nahrung sein! Und überhaupt muß ich schon wissen, daß Mutter sich an die Vorschriften des Arztes hält und mir nicht alles mögliche zum Kröpfen gibt! Ich habe übrigens in der letzten Zeit einige Male zu meinem Schreien bemerkt, daß sie die Brust nicht genötigt hat, bevor ich zu trinken bekam. Und ich habe mich entsetzlich aufzuregen müssen beim Saugen. Könnte da Mutter nicht den Arzt fragen, woher das kommt?

Was ich noch sagen wollte: Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens will ich meine Ruhe haben und ordentlich durchschlafen. Manchmal quere ich freilich in der Nacht, aber oft, das muß ich betonen, es ist bloß Unart. Nur um zu sehen, ob Mutter dann auch gleich zur Stelle ist. Denn das schmerzt mir natürlich ohnegleichen. Aber wenn ich mir dann Rechenschaft darüber abgebe, komme ich mich eigentlich über mich selbst und die Nachgiebigkeit meiner Mutter. Denn darüber kann ja nicht der geringste Zweifel bestehen, daß auch ich meine ordentliche Nachtruhe brauche! (Aus: Frauenleben gestern und heute, Verlag: Das Rheinische Blatt, Wien 1928.)



Planmäßigkeit des Einkaufs

Der Versuch unserer Metallarbeiter-Zeitung, die Frauen b Gewerkschafter zu planmäßigem Einkauf zu erziehen, ist sehr zu begrüßen. Sind es doch vor allem wir Frauen, die die eingekauften Waren verwerten und als Finanzminister in Einklang mit dem Bediensteten des Mannes bringen müssen. Deshalb ist es notwendig, daß wir Frauen uns etwas mehr um das Genossenschaftswesen kümmern und dort unsern Einfluß geltend machen. In erster Linie in der Verteilungsstelle, damit die Ware der Jahreszeit und unsere Wünschen entsprechend ist. Der Vorschlag, Herstellung eines Küchenzettels und Ausstellung der Zutaten, ist annehmbar, und was die Hauptsache ist, auch durchführbar. Dies ist auch die schönste Gelegenheit, die verschiedenen GEG-Produkte in den Vordergrund zu rücken. Ich denke dabei an Leigwaren, Konerven, Backofen und dergleichen. Von Zeit zu Zeit kleine Ausstellungen (unter Mitarbeit der Frauen mit entsprechenden Waren (Reinmachen, Frühjahrs- und Herbstzeit) Badwaren, Einmachzeit). Notwendig ist es, daß sich Hausfrauen zu Aufstellen solcher Küchenzettel bereit finden. Und nicht nur zum Aufstellen, sondern auch zum Berechnen. Als Durchschnitt sollte zum Beispiel eine vierköpfige Familie genommen werden. Gaushaltungsbücher sind hier von großem Vorteil. So manche Hausfrau wird sich den Küchenzettel ansehen, wenn auch nicht gleich befolgen, aber doch bestimmt mit anderen Frauen darüber reden und langsam wird ein Erfolg zu sehen sein. Mit dem Einkauf selbst ist es wirklich so, wie die Genossin in Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung schreibt. Durch vierteljährlichen Einkauf wird die Ware verteuert, das Personal überlastet und mancher Großchen durch die Hintertür zum Käufer getragen. In Kiel sind kleine Einkaufsbücher eingeführt. Ich schreibe den Wochenbedarf und sonst Fehlendes ein, gebe Korb und Buch in der Verteilungsstelle ab. Nachdem ich verschiedene andere Gänge erledigt habe, gebe ich wieder nach der Verteilungsstelle, bezahle und nehme meine inzwischen vom Verkäufer hergerichteten Waren mit. Dadurch ist mir das Warten (worüber so viel geschimpft wird) erspart und dem Personal — unseren eigenen Genossen — ist die Arbeit erleichtert. Die Erfahrung, die wir mit diesem System hier in Kiel machen, sind für beide Teile befriedigend. Wir hoffen, daß es sich immer mehr durchsetzt. Wenn ich den Einkauf so rationalisiere, die Posten für Miete, Gas, Beiträge usw. danebensetze, habe ich einen Überblick über meine Finanzen und kann mir manchmal bei passender Gelegenheit eine Ausgabe erlauben, die sonst nicht möglich wäre. Alle diese Erfahrungen und Gedanken müssen wir unter uns Frauen verbreiten, wir müssen uns in Genossenschaftswesen vertiefen und dort versuchen, Einfluß zu gewinnen. Die Frau sollte Mitglied des Konsumvereins sein und nicht der Mann. Dann wird die Genossenschaft zu dem, was sie sein soll, die Gewerkschaft der Hausfrau. R. A. H. S.

Ich verfolge seit einiger Zeit die Aufsätze unter Familie und Heim in der Metallarbeiter-Zeitung aufmerksam. Es wird da ja manche schöne Anregung gegeben. Ich mußte aber auch schon oft feststellen, daß viele Frauen die naide Wirklichkeit nicht kennen. So auch der vor einiger Zeit erschienene Aufsatz über Rationalisierung im Haushalt. Die Schreiberin verfügt sicher über eine schöne Wohnung mit allen Bequemlichkeiten und ein einigermaßen gutes Einkommen dazu. Sie kann es sich sicher nicht vorstellen, daß es auch Genossen gibt, die nicht einmal Elektrizität oder Gas haben. Diese Bequemlichkeiten im Haushalt können ja allen Proletarierfrauen, besonders den Kinderreichen zu, und die Armuten sind bekanntlich am meisten mit Kindern gesegnet. Woher dann die erwünschten Anschaffungen machen? Bei unsern armeneligen Verhältnissen erwecken solche Anregungen ein bitteres Lächeln.

Jetzt zu dem Aufsatz Rationalisierung des Einkaufs in Nr. 25 der MZ. Ich bin mit der Schreiberin einer Meinung, daß jede Frau (soweit wie möglich ihren Wochenbedarf zusammen einkaufen sollte. Es ist zu ihrem und auch der Verkäufer Vorteil. Auch mit dem Aushängen von Speisezetteln wäre ich einverstanden. Viele Frauen würden das begrüßen und jeder kann sich daraus nach seinem Geschmack wählen. Es muß aber mit unserm Geldbeutel harmonieren. Nun zu dem Aufsatz über Verbrauchte Wäsche im Haushalt. Ich bin der Meinung, daß mit dem, was schon verbraucht ist, wohl nicht mehr viel zu machen sein wird. Die Erfahrung habe ich schon oft gemacht, wenn ich meinen Kindern, notgedrungen, aus alten Sachen Wäsche und Kleider gemacht habe. Das mag ja alles gut und schön sein für eine Frau, die über viel freie Zeit verfügt. Mein Mann ist als Obmann gemäßigelt und steht auf der schwarzen Liste. Was das heißt, wird wohl jede Genossin wissen. Seit Jahren versucht er, wieder in seinem Handwerk unterzukommen; aber außer einigen Wochen als Bauhilfsarbeiter ist es ihm bis jetzt noch nicht gelungen. Jetzt heißt es nun für mich, den Ausfall einigermaßen einzubringen und bin gezwungen, täglich sechs bis acht Stunden zu schenken. Wenn ich dabei noch meinen Haushalt bestehend aus vier Personen versorgt habe, wird mir doch keiner zumuten, Staub- und Putzwerk zu behakeln und besticken. Mir ist ja gekümmert dieselben Dienste. Berechne ich die Zeit, die es mir für das Waschen, Bügeln und Nähen (bei einem Stundenlohn von 80 %) kostet und was Garn und Besatz kosten, dann sage ich mir, daß es besser ist, Gardinen zu kaufen. Die alte Bettwäsche wird auch anderweitig Verwendung finden. Jede Hausfrau wird sich schon von selbst hüten, die Gaushaltungskasse unnötig zu belasten. Wie mir geht es Tausenden von Proletarierfrauen, ja noch schlimmer. Wo die Zahl der Kinder steigt, steigt auch die Not. Wir wollen deshalb aber nicht untätig vertragen, sondern mit unserer männern Seite an Seite für eine Bessergestaltung unserer Lage kämpfen. Maria P., Köln-Mülheim.

Der Vorsichtige

„Verzeihen Sie,“ sagte atemlos ein Herr zu dem Beamten an der Telegrammannahme, „vor fünf Minuten habe ich hier ein Telegramm ausgegeben und möchte gerne eine unbedeutende Änderung vornehmen, wenn es noch nicht abgegangen ist.“ „Ist es das Telegramm, worin es heißt: „Maria glücklich von einem Mädchen entbunden?“ „Ja...“ wollen Sie gütigst statt des Wortes „einem“ dafür „zwei“ setzen?“ „Schön, soll ich vielleicht noch ein wenig warten?“

Der Brummer

Die Nachkommern und die Fliegenplage haben etwas nachgelassen. Die Fliegenjäger hängen aber immer noch. Bei einer hastigen Bewegung komme ich mit einem der Dinger in Berührung und rufe ärgerlich meiner Frau zu: „Nimm doch die Dinger herunter, die einzige Fliege, die sich noch fängt, bin ich.“ Worauf meine Frau: „Schön mehr Brummer!“

Der Wunderdoktor. Ein Matrose fiel vom Schiff auf die Rampe und verletzte sich die Hand. Eine Woche darauf, als der Schaden schon beinahe wieder eingereimt war, fragte er ängstlich besorgt den Arzt: „Wenn meine Hand wieder ganz in Ordnung ist, kann ich dann wohl Banjo spielen?“ „Natürlich können Sie das,“ antwortete der Arzt. „Gerlichen Dank,“ sagte der Seemann. „Sie sind ja ein Wunderdoktor. Früher habe ich das nicht gekonnt.“

Die Lohnempfänger

Wir sind der Baum mit reifer Frucht.
Wir sind im Stein das Feuer drin.
Der Mühlbach sind wir — aus der Schlucht.
Die Ende sind wir — stets Beginn.
Ihr andern seid die ewig Satten,
Ihr nützt uns aus, ihr zahlt uns „Lohn“.
Ihr sitzt am Fruchtbaum, ruht im Schatten —
Wir fordern Liebe, ihr gebt Hohn.
Tun gut, wir sind auch wie Vulkanen,
Wir könnten einst zerstörend sprüh'n.
Wir könnten einst, ein Schwan beim Schwanen,
Mit roten Flügeln sonn'hin ziehn.
Was wäre dann, ihr ewig Satten?
Ihr bleibt zurück im Wüstenland.
Zerstört der Baum, zerstört der Schatten —
Nun rühret selbst die faule Hand.

Max Dörfler

Die Akkordvereinbarung

Kollege Rüstig hat wieder einmal mächtigen Krach mit dem Alten. Eine neue Arbeit oder vielmehr der vom Kalkulationsbüro dafür festgesetzte Akkordpreis ist die Ursache des Streites. Der Meister stellt sich auf den Standpunkt: Der Akkordpreis ist festgesetzt und da gibt's nichts dran zu rütteln! Kollege Rüstig dagegen sagt:

Akkord ist ein Vertrag. Über die Bedingungen dieses Vertrages entscheidet nicht das Kalkulationsbüro selbstherrlich, sondern als Vertragspartner habe dabei mitzureden. Und zwar als Gleichberechtigter, nicht etwa in der Weise, daß die Herren da oben meine Meinung anhören und dann trotzdem tun, was ihnen beliebt.

Kollege Rüstig hat Recht! Die Festsetzung des Akkordpreises ist tatsächlich ein Vertrag. Zu seinem rechtsgültigen Abschluß ist die Zustimmung beider Teile — des Unternehmers sowohl als auch des Arbeiters — erforderlich. Leider ist diese Tatsache für manchen Arbeiter nicht die Selbstverständlichkeit, die sie eigentlich sein müßte. So mancher findet sich mit der einseitigen Festsetzung des Akkordpreises durch den Unternehmer ab in dem niederdrückenden Bewußtsein, die Preisfestsetzung sei eben Sache des Unternehmers.

Zu neuen Arbeitern gehört unser Kollege Rüstig nicht. Er weiß um sein Mitbestimmungsrecht bei der Akkordpreisfestsetzung und läßt es sich nicht nehmen. Er weiß aber auch, welche Klippen zu umschiffen sind, wenn er sein Recht mit Aussicht auf Erfolg behaupten will.

Da ist zunächst der Tarifvertrag. Enthält dieser Bestimmungen über die Akkordpreisfestsetzung, dann muß auch Rüstig sich danach richten. Wenn die Grundlage seines Arbeitsvertrages mit dem Unternehmer ist eben dieser Tarifvertrag. Unser Rüstig kann selbstverständlich versuchen, sich über die Tarifbestimmungen hinaus etwas Besseres zu sichern. Das ist ihm unbenommen, denn Änderungen des Tarifvertrages zugunsten des Arbeiters sind zulässig. Die Unabänderbarkeit des Tarifvertrages soll den Arbeiter nur davor schützen, schlechtere Bedingungen zu schließen zu müssen.

Nehmen wir aber an, der für Rüstig und seinen Unternehmer geltende Tarifvertrag enthalte keine Bestimmungen über die Festsetzung des Akkordpreises, sondern lediglich die allgemeinen üblichen über die Mindestgrenze des Akkordverdienstes. Dann sieht die Geschichte so aus:

Der Meister bringt unserm Rüstig den Akkordzettel mit dem darauf vermerkten Preis. Rüstig merkt den Braten. Der mit allen Wassern gewaschene Kalkulator, selber getrieben von verschiedenen anderen Profitvermehrungshelfern, hat den Preis zu niedrig angesetzt. Wenn Rüstig trotzdem die neue Arbeit beginnt, ohne den Akkordpreis zu beanstanden, dann erklärt er sich damit einverstanden. Es gibt nämlich auch ein stillschweigendes Einverständnis. Dieser Rechtsbegriff des stillschweigenden Einverständnisses sollte eigentlich aus dem Arbeitsrecht verschwinden. Unheil genug hat er angerichtet. Denn hier sind die Waffen recht ungleich verteilt. Auf der einen Seite steht der meistens recht geschäftstüchtige Unternehmer, auf der andern der über solche Gewandtheit nicht verfügende Arbeiter. Letzterer bringt auch stets ein gerüttelt Maß von Vertrauensseligkeit mit, für das ihm aber regelmäßig kein Dank erwächst.

Sagt Kollege Rüstig also nichts, fängt er stillschweigend die neue Arbeit zu dem auf dem Akkordzettel angegebenen Preis an, dann hat er mit dem Unternehmer einen Vertrag abgeschlossen des Inhalts: „Ich, Rüstig, mache die Arbeit zu dem von dir, dem Unternehmer, festgesetzten Preis in berufsmäßiger Weise fertig. Verdienne ich dabei einen anständigen Wagen, müßt du mir das Geld auszahlen. Verdienne ich dabei nichts, dann habe ich das Nachsehen und kann nur den im Tarifvertrag vorgesehenen Mindestlohn beanspruchen.“

Damit ist Rüstig nun aber keineswegs einverstanden. Zudem weiß er aus Erfahrung, daß die Garantie des Mindestverdienstes eine recht ungewisse Sache ist, weil der gerissene Unternehmer in solchen Fällen mit allen Schikanen versuchen wird, ein Verschulden des Arbeiters nachzuweisen. Da könnte es geschehen, daß Rüstig trotz fleißiger Arbeit sich mit dem blanken Tariflohn begnügen muß. Dann nämlich, wenn der Unternehmer bei einer Klage Rüstigs vor dem Arbeitsgericht durch einen Sachverständigen (o, diese Sachverständigen!), was begutachten sie nicht alles!) nachweisen ließe, der Akkordpreis sei angemessen.

Rüstig weiß, wie er die Sache anpacken muß. Er sagt dem Meister: „Mit diesem Preis bin ich nicht einverstanden. Wir wollen einen angemessenen Preis vereinbaren. Erst wenn das geschehen ist, fange ich die neue Arbeit an.“ Nun gibt's den Krach, von dem wir eingangs sprachen. Denn der Meister wird von „oben“ zum Preiswandel aufgefordert (manchmal macht er es auch aus eigenem Antrieb). Aber Rüstig bleibt fest.

Da bleibt dem Unternehmer nichts anderes übrig, er muß eine Vereinbarung über den Akkordpreis treffen, so teuer es ihm auch wird. Soll er Rüstig „auschmeißen“? Dann gibt es eine Einspruchsfrage, die Rüstig gewinnt, weil er nur sein gutes Recht auf vertragliche Festsetzung des Akkordpreises geltend gemacht hat. Außerdem — wichtige Arbeiter sind zurzeit nicht im Überfluß vorhanden und ob ein „Neuer“ willfähiger ist, bleibt mindestens zweifelhaft. Drittens gibt es aber auch noch den Verband, der immer gleich stänkt, wenn mal ein Arbeiter fliegt, ohne berechtigten Anlaß zur Entlassung gegeben zu haben.

Also kriecht man eben mit lauerlauer Wiener eine Vereinbarung über den Akkordpreis. Seinen Profit verliert der Unternehmer trotzdem nicht. Schade nur um das Extraprofitchen, das für ihn bei dem gebürdeten Preis abgefallen wäre.

Man hat zwar über die Vereinbarung kein Dokument verfaßt, sondern schreibt einfach den nun vereinbarten Preis auf den Akkordzettel, aber das ist trotzdem ein fest- und stichfester Vertrag. Ein solcher kann sogar zustande kommen, ohne daß der Preis auf einem Akkordzettel steht, einfach durch mündliche Verabredung. Aber wenn Rüstig das macht, dann sorgt er auch dafür, daß er einen Zeugen für diese Abmachung hat. Denn der Unternehmer hat manchmal ein überdeutliches Gedächtnis. Merkwürdigerweise hat der Mann noch etwas vergessen, was zu seinen Gunsten war. Weiß der Teufel, woran's liegt.

Nun, auf jeden Fall hat Rüstig sich gesichert. Bei dem vereinbarten Akkordpreis wird er zu seinem üblichen Verdienst kommen. Der könnte an und für sich allerdings noch ein gutes Stück besser sein. Und er wäre es auch bestimmt, wenn alle so handeln würden wie unser Kollege Rüstig.

Zeitungsverleiher

Es gab kaum ein beschwerlicheres Gewerbe, als das der Newsmanen, das heißt der Neugierigenhändler, die in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Weltstadt London ihr Handwerk trieben. Damals konnte noch nicht jeder gewöhnliche Bürger sich seine Morgenzeitung und Abendblatt leisten, denn die Zeitungen waren noch kein billiges Volkshausmittel. Dafür aber gab es Leute, die die Zeitungen Leihweise gegen Entgelt ins Haus brachten.

Schon beim Morgengrauen stehen sie vor den Druckereten, aus deren Keller der dumpfe Donner der Dampfmaschinen und Druckerpressen rollt, und warten ungeduldig auf die Fertigstellung und Ausgabe der Morgenzeitungen. Hat der Newsman seine kostbare Last endlich unter dem Arm oder auf dem Rücken, so rennt er los und läßt seine Gabe auf den Weg fallen, wie der Fachausschlag lautet. Entscheidend bei diesem Handwerk ist die Schnelligkeit, denn schon eine Stunde nach Beendigung des Druckes müssen die Zeitungen in den Händen der neugierigsten Leserschaft sein und mögen sie an der Peripherie der Metropole wohnen.

Etwas um 8 Uhr ist der Newsman mit dem Austragen seiner Zeitung fertig, nun aber beginnt eigentlich erst das Geschäft: er besucht seine Kunden, die nicht abonniert sind und die Zeitung nur Leihweise für eine einzige Stunde erhalten. Das kostet zwar nur einen Penny, aber gegen einen höheren Preis können die Leser die Zeitung auch länger mieten. Dreißig bis vierzig Zeitungen stellt ein einzelner Newsman in Umlauf und klopft so an einem einzigen Tag an sechzig, hundert oder noch mehr Häuser an. Nachmittags werden die Blätter dann wieder eingekammelt, um mit der Post an die Abonnenten in der Provinz gelandt zu werden.

Nun beginnt die zweite Tour: die Ausgabe der Abendblätter. Sie erfordert wieder die ganze Aufmerksamkeit der Newsmanen, dieser flinken und geplagten Burghen, die während sechs Monaten des Jahres — wenn die Parlamentsitzungen stattfinden — überhaupt nicht zur Ruhe kommen, weil sie stets auf dem Sprung sein müssen, auch die zweite Ausgabe der Abendblätter an ihre Kunden zu verteilen.

Bei diesem Zeitungsverleihen gibt es dann manchmal die komischsten Szenen. Der Newsman erscheint nach einer Stunde, um seine Zeitung wieder abzuholen und seinen Penny zu kassieren. Der Mieter aber, etwas phlegmatisch und noch nicht ganz ausgeschlafen, behauptet hartnäckig, daß erst eine halbe Stunde seit Ablieferung der Zeitung vergangen sei. Er läßt dem Newsman sagen, daß er warten oder später wiederkommen solle. Ein anderer Kunde, ein Stadtor, lieft gerade die Rede „seiner“ Angeordneten und freut sich, wie die Whigs eine Abfuhr erhielten, da kommt die Hausgatterin und sagt, daß der Newsman seine Zeitung wieder wolle und nicht länger warten könne. Der Herr wird wütend, denn er muß nun noch einmal die ganze Parlamentsrede von neuem lesen: die Hausgatterin läßt ihre Wut wieder auf den Newsman ab, dieser flucht und trauert, daß der Herr eben jetzt zwei Pence statt einen Penny zahlen müsse.

Inzwischen wartet ein dritter Kunde auf die Zeitung, der auch auf den Parlamentsbericht neugierig ist. „Wo bleibt heute der verfluchte Newsman wieder?“ fragt er seinen Diener. Erscheint dann endlich, mit einigen Minuten Verspätung, der Vielgeplagte, fährt ihn der alte Junggelei an: „Ich will meine Zeitung pünktlich auf die Minute! Wollt Ihr nicht, so kann sie mir ein anderer bringen!“ Der Newsman will aufklären, sich entschuldigen, aber der Mieter, der einen Penny zahlt, findet es unter seiner Würde, den Newsman anzuhören.

So haben die Newsmanen fast täglich die Ungebuld und schlechte Laune ihrer Kunden zu erdulden. Und wenn sie sich auch von morgens bis abends abhegen, täglich fast zwanzig englische Meilen zurücklegen, so es regnet oder schneit, die Sonne glüht, daß das Pflaster siedet, Rebel herrscht, daß die Hand vor dem Gesicht nicht zu sehen ist: immer sind die Newsmanen unterwegs. Und der Gewinn? Gerade genug, um sich das tägliche Brot zu ergattern, denn die vielen neuen Stiefel, die Verluste, die durch Vorfälle kommen, und übergeschriebene und nicht absehbare Exemplare müssen in Rechnung gestellt werden.

Es soll einmal vorgekommen sein, daß die Newsmanen über die verspätete Zeitungsabgabe so in Wut gerieten, daß Seher und Redakteure, um die Zürnenden zu beschwichtigen, keinen anderen Rat wußten, als die letzte Spalte mit irgendwelchem Satz zu füllen, nur damit die Zeitung fertig wird. Dem Publikum allerdings waren die sinnlos zusammengewürfelten Fetzen ein Rätsel und erst in der nächsten Nummer konnte der Herausgeber die Auflösung dazu geben. Sonst werfen die Newsmanen bei verspätetem Druck im allgemeinen nur die Fensterräder ein, denn für sie hat das Sprichwort: „Time is Money“ (Zeit ist Geld) jene letzte Gültigkeit, die sonst dem Armen unbegreiflich ist.

Ein Begräbnis

Erübe Vormittagsfröhe hing über dem Friedhof, als man Daniel Tempel, den reichen Industrieherrn, zu Grabe trug. Hunderte folgten seinem Sarge, und wäre es dem Toten vergönnt gewesen, noch einmal die Augen öffnen zu können, vielleicht hätte er zuerst ein süchtiges Lächeln der Zufriedenheit gezeigt, dann aber bestimmt in dem kühlen Tonfall, den man an ihm gewohnt war, gesagt: „Danke für die Anteilnahme... Dreihundert Kränze... Na ja... Gabe es nicht anders erwartet...“

Es war ein pompöses Begräbnis; handelte es sich doch, um mit den Worten des alten Friedhofarbeiters zu sprechen, der hinter einem Gebüsch verborgen die Leidtragenden aufsterte, um eine „feine Leiche“. Da standen in eleganten Trauerkleidern die Verwandten, Verkömmeren, in verhaltenem Schmerz führten die Frauen ihre seidenen Tschentlicher an die Augen. Geschäftsmäßige Feierlichkeit umtanzte die Gestirter der Direktoren und Aufsichtsräte. Man sah teils, behördliche Amtsmännern, eingestorenen Standesdiener in den Zügen der ordensgeschmückten Offiziere und auch jetzt noch hündische Ergebenheit um die Mundwinkel der gehobenen Angestellten der Tempelschen Betriebe.

Parter, Vertreter der Behörden, Direktoren redeten an dem Grabe. Immer wieder wurde der hohe Sinn und die Herzengüte des Verstorbenen gerühmt. „Sie haben einen guten Mann begraben, uns war er mehr...“ konnte es in falkhem Pathos. „Er war wie ein Vater zu seinen Arbeitern und hat sich in seinen Fabriken, seinem Lebenswerk, selbst ein bleibendes Denkmal gesetzt...“ schnarrte eine andere Stimme.

Auch der alte Friedhofarbeiter hörte diese Worte. „Schwafelhande“ knurrte er, spie seinen Pries an die Erde und wandte sich verärgert ab. „Lug und Trug...“ Der hätte andere Grabreden verdient... Ein bißchen Wahrheit...“

Denn in dieser Stunde, da tausendfältiges Lob über Daniel Tempels Grube im Wüde zerplatterte, standen seine Arbeiter, wie immer, in den grauen Fabriken. Stidige Luft erfüllte die Werkstätten; Niemen klatschten auf den Wellen. Spindelsturrten. Sägen kreischten. Eng aneinandergepreßt arbeiteten die Männer mit den blauen Gesichtern. Sie schienen mit den Maschinen verwachsen zu sein. Sie waren lebendige Automaten. In mechanischer Hast gingen die Hände. Man mit dem Arbeitsstid an die Schleifsteine. Funden sprühten — das nächste. Ran an die Scheibe — das nächste. Akkordarbeit — jeder Griff war von der Stoppsuhr festgesetzt. Kein Verschmähen, kein Wort zum Nachbar. „Schaffen, schaffen!“ brummt die Spindel und Staub und Schwid lag wie Patina auf den Gesichtern, in denen das Lachen erloschen schien.

Und dort die Schleifer auf den niedrigen Schemeln. Verkümmert saßen sie da, wie Krüppel. Immer denselben Handgriff. Wochen und Monate. Jahr für Jahr. Da biegt sich das Rückgrat. Kein Blick flog nach dem Fensterkreuz, an das sich jetzt ein Stid blauen Himmels hängte. Schmirgelstaub auf den Lippen, auf der Zunge, starteten sie unverwandt auf das Arbeitsstid. Part und Schwidig waren die Verkrampften Häute, verbrannt vom heißgewordenen Metall, zerchnitten vom scharfen Grat.

Dampfkammer schlugen durst auf weißglühende Eisenmassen. Hartes baren vulkanische Hitze. Heiße Höhe schlug gegen die Körper der Arbeiter, wenn die Zangen die rotglühenden Teile fasten

und in die Abflaugen tauchten, daß es zischte und brobelte. Auf den Rippen der Schweißtriefenden Proleten lastete das Schweigen.

Aber in den Ganglien aller Hirne kroch der Gedanke: „Jetzt wird Daniel Tempel begraben...“ Und die Arbeiter dachten nicht an den toten Industrieherrn, sondern an den lebendigen. Tummelte es nicht an die Fenster der Werkstätten? Ja! Bruchstücke der Grabreden schwebten vom Friedhof herüber. „Er war wie ein Vater zu seinen Arbeitern...“

Vater...? Wie war es doch in dem großen Streik vor zwei Jahren? Man kämpfte um einige Pfennige Lohnerhöhung. Streikposten standen vor den Toren der Fabriken. Was tat Tempel? Er brohte ihnen mit dem Spazierstid, aber die Provokation zerschellte an der eisernen Mauer der Ausständigen. Mit den häßlichsten Mitteln bekämpfte er sie. Von Stahlhelmlenten beschützte Arbeitswillige zogen in den Betrieb. Doch die Kampffront der Streikenden stand fest. Verhandlungen. Haherfüllt trat Daniel Tempel den Unterhändlern entgegen und rief: „Keinen Heller...“ Und wenn der Kampf bis zum Weißbluten geht...“ In den Arbeiterwohnungen lag die Sorge an der Streikenden Tische. Trozkem brandeten an die Wille des Industriellen von Arbeitervätern und -müttern, von jungen Köhnen die Worte: „Wir kämpfen weiter...“

Eines Tages liefen die Maschinen wieder. Friede. Der Kampf hatte Erfolge gebracht. Aber keinen vollen Sieg. Vor den eisernen Toren der Fabriken warteten noch die Winkelriede der Streikenden, alte Kämpfer, Führer der Belegschaft. Vertröstet auf spätere Wiedereinstellung... Sie hofften und harrten. Doch die Türen blieben ihnen für immer verschlossen.

Solche Gedanken bewegten Daniel Tempels Arbeiter, als man ihn zu Grabe trug. Vater? Sie lächelten für den Bruchteil einer Sekunde. Alle hatten ein Gesicht. Trok leuchtete in ihren Augen. Sie sprachen kein Wort, aber ihre Finger preßten sich fester um die Arbeitsstücke. Hart, wie Stahl.

Auf Daniel Tempels Sarg vollerteten die Erdschollen. Vater Lenz, der alte Friedhofarbeiter, warf das Grab zu. „Was hat er jetzt von seinem Geld...? 'n Dred...“ sprach er zu sich selbst. Er war einer der Alten, die in dem großen Streik auf der Strede blieben. Zwanzig lange Jahre stand er an seiner Drehbank. Schufete — Tempel scherte sich nicht daran, daß er ihm das Beste seiner Lebenskraft gegeben. Ein Federstid. Er lag auf der Strede. Alt und ausgemergelt fand er keine Stellung und mußte froh sein, daß er Lote begraben durfte.

Der Alte stieß die Schaufel in den weichen, lehmigen Boden, wischte sich mit dem Handrücken über die schweißperlende Stirne und hob den Wld. Bögnerisches Pharisäertum waren die Grabreden gewesen. Demagogie. „Er hat sich selbst ein Denkmal gesetzt...“ Nein! So war es nicht... Dort drüben, jenseits des Flusses, stand der Tempelsche Betrieb. Aus einer kleinen Werkstatt war eine Monopolfirma geworden. Im Glanz der mittäglichen Sonne reckten sich die ruhigen Fabriken in den Himmel. Ein gigantisches Monument. Ein Pyramonengrab, zu dem des Königs Kärner die Steine herbeitrugen. Pyramide, die die Seelen der Arbeiter eingefangen hatte.

Sinnend blidte der Alte vor sich hin... Noch immer bauten Daniel Tempels Werkleute an „seinem Denkmal“. Plötzlich wurde es hell in den Mienen des Totengräbers. Ein stichhaftes Lächeln grub sich in seinen Mund... Im Geiste sah er rote Fahnen... Arbeiterhäufte rissen die goldenen Lettern — Daniel Tempel AG. — von der Fabrikmauer herunter... Hammerschläge klangen... Und jetzt stand über dem Portal: Uns allen.

„So ist es... Nicht der König baute das Denkmal, sondern die Kärner...“ nidte der alte Lenz und sein vermittertes Gesicht wurde schön, als er diese Worte vor sich hin sprach. Der Glaube an die Zukunft ließ ein Feuer in seinen alten Augen aufglimmen. Dort rauchten die Schornsteine der Fabriken... Dort lag das Erbe, das einmal allen Schaffenden gehören würde.

Vater Lenz fühlte einen heißeren Blutstrom in seinen Adern. Er sprudte in die schweißigen Hände, griff nach der Schaufel und in gleichem Rhythmus fiel wieder Scholle auf Scholle in die Grube. Er grölte dem Toten nicht mehr. Vergangenes sank mit ihm ins Grab, das nie mehr wiederkehrte. Das Leben aber war schön, denn es bedeutete Kampf, der zu einer besseren Zukunft führt. R u d i E i m s.

Die Vitrine

Wissen Sie, was eine Vitrine ist? Sicherlich! Auch über ihren Zweck sind Sie orientiert?

Niemand wird daran zu zweifeln wagen. Und dennoch spricht man ganz bestimmt keine Beleidigung aus, wenn man behauptet, daß dieses nützliche Gerät noch längst nicht in der ganzen Fülle seiner Geltung erkannt ist.

Eine Vitrine ist nicht nur ein Glasfront, kostbaren Gegenständen zum Schutz vor Staub und feblerischem Zugriff bestimmt. Es gibt eine auf der Welt, die Sinnbild der kapitalistischen Kultur und ihres Verhältnisses zu allen Völkern ist, die nicht mit weißer Haut begabt.

Sie steht in Melbourne in Australien. In einem herrlichen Museum. Und sie steht einstweilen noch leer.

Doch steht sie nicht allein. Ihr Gegenüber, gleichfalls aus schönem Kristallglanz mit blank polierter Messingfassung, leistet ihr Gesellschaft. Und zeigt dem neugierigen Besucher zugleich ein Stoffpräparat: den Körper des letzten der Hunderttausende von Tasmanianern, die der weißen Kultur zum Opfer fielen und teils an Alkohol, teils an Kugel und Blei, teils an den anderen Seuchen starben, die die Eroberer ihres herrlichen Landes dereinst als europäische Geschenke mitgebracht.

Der ausgestopfte Tasmanier im Museum zu Melbourne starrt, solange das Licht flutet, in den leeren Raum der benachbarten Vitrine, eben der, die Sinnbild europäischer Gemütsstärke ist. Auch sie soll eines Tages einen ausgestopften Gast bekommen und als gläserner Sarg den Leuten eines Volkes beherbergen. Sie ist vorbereitet dem letzten eingeborenen Australier, wenn ihm der Dummerang für immer aus den Händen gefallen ist.

So arbeitet kapitalistische Kultur und Gemütsstärke vor. Sie baut Särge denen, die noch im Richte wandeln und die längst auf der Liste ausstoppender Kuriositäten für Museumszwecke stehen, bevor sie den Fremden, die ihnen ihr Land stahlen, ausgedient haben.

In der Heimat sagt man, Kolonialpolitik sei Dienst an der Menschheit und zivilisatorische Aufgabe der weißen Rassen. Ihr Resultat, ihr vorausgehehendes Resultat aber sind — ausgestopfte Menschenleiber für Museen!

Und so rasend ist das Tempo der zivilisatorischen Erfolge an den armen Urvölkern der kolonialen Gebiete, daß man — vorjählich, wie es den Vertretern und Verändern kapitalistischer Kultur geziem — Vitrinen bereitstellt, um das mumifiziertere Resultat unmittelbar nach der Vollendung den Augen der Gaffer zur Schau stellen zu können.

Wirklich, diese Vitrine zu Melbourne ist ein Symbol von nicht mehr zu überbietender Eindringlichkeit... — e. b. —

Eine große Idee

In R u I n haben sich der Oberlandesgerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt mit dem Eruchen an die Kölner Verkehrs- wach“ gewandt, die Kölner Richter und Staatsanwälte im Kraftfahren zu unterrichten. Dieser Wunsch ist — nach dem Wortlaut des Briefes — auf das Verlangen zurückzuführen, in Zukunft „mit besserem Geschid und Verständnis Kraftwagenangelegenheiten vor Gericht beurteilen zu können“. Die Kölner Verkehrsrecht wird nach den Gerichtsfestien mit dem Unterrichts beginnen.

Wirklich eine großartige Idee, nur sollten die Herren Richter nicht bei diesem kümmerlichen Versuch stehen bleiben. Sie sollten einmal monatlang das Leben der Armen und Arristen leben, um in Zukunft „mit besserem Geschid und Verständnis“ Vergehen und Verfehlungen gegen die Gesetze des bürgerlichen Staates, die aus dem Elendsdasein entspringen, vor Gericht beurteilen zu können. Sie sollten einmal jahrelang ohne Verdienst arbeitslos sein, sollten wohnungslos durch die Lande ziehen müssen, wahrlich, wir wären dann einer großen, gerechten Jurisprudenz nahegekommen. Seiber wollen die Herren nur das Leben der Autobesitzer kennenlernen.



Verbandsleben



Er zahlt den Verbandsbeitrag umsonst!

F. K. Neulich kam ich mehr zufällig in eine Gewerkschaftsversammlung eines mit Klein- und Halbbauern durchsetzten Industrieortes. Neben einer Anzahl Kleinhandwerkerbetrieben sind drei Fabriken mit je ein paar hundert Leuten vorhanden. Vor dem Kriege war nur ein Teil der Handwerker organisiert. Erst der Novemberwind von 1918 brachte auch die Fabrikarbeiter zur Gewerkschaft. Aber das ist schon wieder lange her. Die alte Gleichgültigkeit hat wieder stark überhand genommen. Dem sollte die Werberversammlung abhelfen. Der Ortsausschuß hatte einen bekannten Redner von auswärts kommen lassen, um die gleichgültigen Arbeiter an ihre Pflicht zu erinnern. Es war auch eine ziemliche Anzahl Unorganisierter der Einladung gefolgt. Allein der Vortrag schien wenig Eindruck auf sie gemacht zu haben, denn gleich, nachdem der Redner geendet hatte, machten die Zuhörer an den hinteren Tischen Anstalt, davorzufleischen. Die Aufnahmescheine lagen noch alle so auf den Tischen, wie sie hingelegt worden waren. Um dem Auseinanderlaufen vorzubeugen, erhob sich der Vorsitzende und fragte, ob jemand das Wort zu dem Vortrag wünsche. Da sich niemand meldete, fragte der Vorsitzende, ob vielleicht einer eine Frage zu stellen habe. Nach einer Weile hob einer aus einer der Gruppen die schon halb im Fortgehen waren, die Hand in die Höhe. Er trat etwas vor und sagte überlaut:

„Eine Frage habe ich nun gerade nicht zu stellen; ich will nur sagen, daß wir den Verbandsbeitrag umsonst zahlen. Ich zahle schon sieben Jahre in den Verband, habe aber vom Verbands noch keinen Groschen erhalten. Das muß einmal ausgesprochen werden.“

Das schien den meisten Zuhörern aus dem Herzen gesprochen zu sein. Die Erklärung wirkte Wunder. Das Gemurmel hörte mit einem Schlage auf. Die schon an der Tür befindlichen Besucher kamen zurück. Alle Augen richteten sich auf den Vorsitzenden. Von einem Seitenisch wurde gerufen: „Laß dir doch vom Verband einen Vorstoß auf dein Sterbegeld zahlen!“ Was Heiterkeit erregte. Der Vorsitzende aber nahm die Sache ernst. Er fragte den Zwischenredner:

„Kollege, du arbeitest wohl bei der Firma B.“

„Ja, als Monteur.“

„Da habt ihr doch einen Lohnzettel?“

„Selbstverständlich!“

„Und ihr Monteur habt doch erst vorige Woche eine Leistungszulage bekommen?“

„Das stimmt, aber...“

„Und euer Stundenlohn beträgt jetzt 1,05 M und die regelmäßige Arbeitszeit acht Stunden?“

„Das stimmt auch, aber...“

„Vor dem Kriege habt ihr bei der Firma B. 10 1/2 Stunden geschafft und einen Stundenlohn von 45 J gehabt. Folglich habt ihr jetzt die Stunde 59 J mehr und seid 2 1/2 Stunden eher daheim in eurem Garten. Ist das nichts?“

„Das ist freilich schon etwas“, entgegnete der Angeredete, „aber den Lohnzettel haben auch die Unorganisierten und die Leistungszulage wurde nach dem Schlichtungsausschuß zugesprochen, nicht vom Verband. Ich sagte doch, daß ich von B. B. B. noch nichts für meine Beiträge erhalten habe.“

„Kollege“, sagte der Vorsitzende das Zwiesgespräch fort, „sieh dir mal deinen Lohnzettel näher an. An den Unterschriften wirst du inne werden, daß er von deinem Verbands mit der Unternachmetriergewerkschaft abgeschlossen ist. Wenn der Verband nicht wäre, hättest du sicher auch nicht die Leistungszulage vom Schlichtungsausschuß zugesprochen erhalten. Oder hat irgend-einer von euch hier“, wendete sich der Vorsitzende an die Versammlung, „jeden bei einer Firma gearbeitet, die den Lohn freiwillig erhöhte oder die Arbeitszeit verkürzte?“

„Allgemeines Kopfschütteln.“

„Also, fügte der Vorsitzende hinzu, „freiwillig hat noch kein Unternehmer den Arbeitern etwas bewilligt, sondern alles mußte ihm von der Gewerkschaft abgerungen werden. — Da fällt mir aus meiner Sichtspraxis ein Fall von der Firma B. ein. Vorigen Herbst wollte sie einen Mann auf Knall und Fall entlassen. Der Betriebsrat mißte sich ein, und der Fall kam schließlich vor Arbeitsgericht. Die Firma wurde beurteilt, dem Mann acht Wochen Lohn zu zahlen, worauf sie die Kündigung zurücknahm.“

„Das ist der ja selbst!“ wurde dazwischen gerufen.

„O, Kollege, wie ich höre, bist du das selbst“, wendete sich der Vorsitzende an das Gewerkschaftsmittglied, das nichts für seinen Beitrag erhalten haben wollte. „Überlege dir mal, welcher Schaden dir durch die Zurücknahme der Kündigung erspart worden ist; du hättest wahrscheinlich hier am Orte keine Arbeit mehr bekommen, schließlich fortziehen müssen und...“

„Halt mal“, rief der Kollege, „das hat doch das Arbeitsgericht gemacht, nicht der Verband!“ — Die Versammlung wurde unruhig, unwillige Worte ließen sich hören.

„Das mag ja wohl richtig sein“, fuhr der Vorsitzende gellend fort, „aber wenn ich mich recht entsinne, war einer eurer Verbandsfunktionäre mit dir beim Arbeitsgericht, und im Gericht sitzen Gewerkschafter als Richter. Somit hast du es deinem Verbands zu verdanken, daß du nicht arbeitslos wurde und nicht von hier fortziehen brauchst. Rechne mal aus, wieviel Groschen dir dein Verbands eingebraut hat. Mir scheint, er hat dir bei dem Kündigungsfalle mehr eingehandelt, als du in mehreren Jahren an Beiträgen bezahlt hast.“

Die Rufe der Zuhörer richteten sich langsam auf den Angeredeten. Da er langsam, sagte der Vorsitzende seine Rede fort: „Aber jetzt wir von solchen Einzelfällen mal ganz ab. Ich glaube, daß die Erhöhung des Stundenlohnes von 46 auf 105 J und die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 8 Stunden Vorteile sind, die allein schon den Verbandsbeitrag aufwiegen. Dazu kommen noch Vorteile, die nicht weniger wertvoll sind, auch wenn sie sich nicht in Geldzahlen ausdrücken lassen. Denn an dem Schatz gegen willkürliche Entlassung, an dem Mitbestimmungsrecht im Betrieb, an die Gewerkschaftsmittlerunterstützung, an die Beschleunigung der vielen Verträge, den Lohn zu kürzen, und an vieles andere. Selbst wenn einer keinen Groschen aus dem Verbandskasse bekommt, hätte er dennoch angeheuer viel vom Verbands bekommen. Kollegen, ihr wißt ja alle, wie es bei uns stand, als wir noch keinen Verbands hier hatten. Es gerierte sich ja keiner, um eine Lohnerhöhung anzufordern oder sich über einen Kündigung zu beschweren, weil er befürchten mußte, entlassen zu

werden. Denn dies hätte bei unseren Zuständen den Fortzug mit Sack und Pack bedeutet. Das aber wollte keiner riskieren, weil er sein Häuschen hätte verkaufen müssen. Seitdem wir den Verband hier haben, schläft dieser den Lohnvertrag für uns ab. Wir alle bekommen die Lohnerrhöhung und die sonstigen Vorteile, ohne daß einer deswegen mit der Mühe in der Hand beim Fabrikanten zu betteln braucht. Dadurch haben sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse am Orte viel gebessert, der Arbeitsplatz ist sicherer geworden und wir sind die schweren Sorgen los. Kann sagt selbst, ob ihr nichts für den Verbandsbeitrag erhalten habt.“

Während der Rede des Vorsitzenden hatte sich die Versammlung immer enger um den Vorstandstisch gedrängt. Das Fortgehen schienen alle vergessen zu haben. Mit schillernder Anteilnahme waren Rede und Gegenrede verfolgt worden. Auf den Tischen hinter dem Menschentümel wurden Aufnahmescheine ausgefüllt. Davon lag ein hübsches Häufchen auf dem Vorstandstisch, als die Versammlung geschlossen ward.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Aachen. Erreicht wurde eine Lohnerrhöhung für Beltlöher um 10 vH, für Affordarbeiter um 5 vH. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 80 bis 85 J. Gültig bis zum 30. Juni 1929.

Berlin. Durch Schiedspruch wurde eine Verbesserung des Mantelvertrags für die Metallindustrie erreicht. Die neue Bestimmung über die Leistung von Überstunden lautet: Notwendig werdende Überstunden bedürfen der Vereinbarung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung. Die Zustimmung der gesetzlichen Arbeitervertretung darf von dieser nur aus wichtigen, sachlichen Gründen verweigert werden. Jedoch können für Gruppen von Arbeitern innerhalb 13 Wochen 15 Überstunden an den Wochentagen Montag bis Freitag angeordnet werden (bisher 36 Überstunden in 12 Wochen). Erreicht wurde ferner eine wesentliche Verbesserung der Bestimmungen über den Ferienurlaub. Die Beschäftigungsdauer in einem Betrieb des WPMZ wird bei Entlassung ohne Verschulden in der nachfolgenden Arbeitsstelle angerechnet. Die Kolonnenarbeit wurde neu geregelt. Die Aufstellung von Sonderbestimmungen bei der Fließarbeit soll durch eine paritätische Kommission geprüft werden. Neu geregelt und erweitert wurden die Bestimmungen über die Entschädigung bei unverschuldeten Arbeitsverhältnissen. Vergütet werden Verläumnisse

- a) bei Betriebsunfällen bis zu 8 Arbeitsstunden,
- b) beim Tode des in häuslicher Gemeinschaft lebenden Ehegatten bis zu 8 Arbeitsstunden,
- c) beim Tode von Kindern unter 17 Jahren, sofern sie in häuslicher Gemeinschaft leben, bis zu 4 Arbeitsstunden.

Gültig bis 1. Juli 1930.

Berlin. Die Tariflöhne für die Zigarettenmaschinenführer wurden um 2 M erhöht. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 98 M die Woche.

Brandenburg. Der Spitzenlohn für Klempner wurde durch Schiedspruch von 1,15 auf 1,30 M erhöht. Außerdem wurden Verbesserungen des Manteltarifs erreicht. Geltungsdauer bis 30. Juni 1929.

Berlin. Durch Vereinbarung im Tarifgebiet für Niederflerler wurden über den gefällten Schiedspruch hinaus Lohnerrhöhungen von 6 bis 9,5 J erreicht. Für die Affordarbeiter beträgt die Erhöhung 7,5 vH. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 82 J. Die Sicherheitszulage wurde von 5 auf 7,5 vH erhöht. Die im Benehmen mit der Betriebsvertretung zulässige Wochenarbeitszeit wurde von 54 auf 53 Stunden herabgesetzt.

Berlin. Das Sicherheitsabkommen für Sachfen, das am 22. Januar 1928 zwischen unserer Bezirksleitung und der Vereinigung der Verbands Sachf. Metallindustrieller abgeschlossen wurde, ist auf Antrag unserer Bezirksleitung Dresden vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Berkswalde. Durch Vereinbarung wurden die Löhne in Gruppe A von 72 auf 79 J, in Gruppe B von 66 auf 72 J, in Gruppe C von 63 auf 68 J, in Gruppe D von 61 auf 66 J und in Gruppe E von 59 auf 64 J erhöht. Die Abrede werden um 10 vH erhöht, jenseit durchschüttelnd der Übererdienst unter 90 vH über dem neuen Tarifstundenslohn liegt. Der Zuschlag für Sicherheitsarbeiter erhöht sich von 5 auf 10 vH. Gültig bis 1. Mai 1929.

Hagen-Schwelm. Der Spitzenlohn wurde von 75 auf 80 J erhöht.

Halle. Der Streit in der Bädermaschinenfabrik Kausch & Eilbohy ist erfolgreich beendet.

Köln. Für die Elektromonteur wurde der Spitzenlohn um 3 J erhöht; er beträgt ab 5. Juli d. J. 1,42 M. Das Abkommen gilt bis Ende Mai 1929.

Meißen. Durch Streit erzielten die Bauknechte eine Erhöhung des Spitzemindestlohnes ab 27. Juni d. J. um 5 J und ab 1. Oktober d. J. um weitere 3 J. Der Mindestlohn beträgt jetzt 1,22 M und ab 1. Oktober 1,25 M. Das Abkommen gilt bis zum 30. April 1929.

Für die Niedersächsischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurde mit Wirkung ab 1. April 1928 wieder ein Bezirkslohnvertrag abgeschlossen. Danach beträgt der Spitzenlohn in der ersten Klasse 95 J (bisher 87 J). Die Lohnerrhöhung beträgt im Durchschnitt 10 vH. Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden, wobei für die 49. bis 51. Stunde 15 vH Zuschlag bezahlt werden. Darüber hinaus werden 25 vH Zuschlag gewährt. Das Abkommen läuft bis 31. März 1929.

Pforzheim. Erreicht wurde durch Schiedspruch für die Arbeiter der Schmelzwarenindustrie eine Erhöhung der Löhne und Arbeitsverhältnisse um 6 J die Stunde. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 81 J.

Bezirk Stuttgart. Nach 1 1/2 Jahren tariflosen Zustandes gelang es im Bereich des Verbandes Würt. Metallindustrieller ein Lohnabkommen durch Schiedspruch zu schaffen, das folgende Mindestlöhne vorsieht: für Groß-Stuttgart 86 J, Eßlingen, Waiblingen 82 J, Göttingen, Geislingen, Ulm, Heidenheim, Ravensburg 78 J, Friedrichshafen, Reutlingen, Heilbronn 78 J, Weingarten 77 J. Für die weiteren Orte soll der Mindestlohn noch durch Verhandlungen festgelegt werden. Über diese Löhne hinaus wird für besonders gefährliche Arbeiter, die Werkzeuge reparieren, wo die Eigenart der Arbeit es nicht zuläßt, daß in Afford gearbeitet werden kann, ein Mindestlohn in Stuttgart von 1,03 M, in Eßlingen und Waiblingen von 97 J, in Göttingen, Geislingen, Ulm, Heidenheim, Ravensburg, Friedrichshafen, Reutlingen und Heilbronn 90 J und Weingarten 83 J gezahlt. Die letzteren Mindestlöhne für die sogenannten 10 B-Klasse ergeben auch gleichzeitig die Affordberechnungsgrundlage.

Zwischen. Der Spitzenlohn für Klempner wurde von 1,00 auf 1,10 M, für Schlosser und Metallgießer von 0,95 auf 1,05 M erhöht. Das Abkommen gilt vom 1. Juni 1928 bis 31. März 1929.

Wit der Deutschen Zasthania, einjährig für Verunfallte und Sibirische Entschädigung, wurde ein Tarif abgeschlossen. Für die gewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mit Anschlag des liegenden Personals wurde eine Arbeitszeit von 48 Stunden vereinbart; für Bedra 46 Stunden. Überstunden sind, wenn möglich, durch Reueinstellung von Arbeitstältern zu vermeiden. Sonst bedürfen Überstunden der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Für die ersten drei Überstunden in den Werkstätten werden 25 vH, von der vierten Überstunde ab 50 vH Zuschlag bezahlt; an dienstfreien Tagen

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C.-21. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 22. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Juli 1928 fällig.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, was unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Gestohlen wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 6.285.635, lautend auf den Schlosser Albert Kroll, geb. am 11. November 1898 zu Wenzg. (Gustfriesen.)
Stuttgart, Altestraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! — Zugzug ist fernzubalten

von Klempnern nach Holland St.;
A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; M. = Maßregelung; W. = Währungs; U. = Ausspernung

50 vH. Bei regelmäßiger Nachschicht wird die Zeit von 22 bis 5 Uhr mit 10 vH Zuschlag bezahlt. Der Urlaub beträgt nach einem halben Jahre 3 Tage, nach einem Jahre 5 Tage und steigt mit jedem Jahre um einen Tag bis zu 12 Tagen. Bei Betriebsunfällen wird das Krankengeld auf 90 vH des Nettolohnes auf die Dauer von 13 Wochen erhöht. Bei Unfällen am laufenden Propeller oder am Bremsrad erhöht sich die Dauer auf 26 Wochen. Der Mindestlohn beträgt für Facharbeiter über 21 Jahre in der Sonderklasse 1,07 M, Klasse A 1,02 M, B 97 J und C 92 J. Geltungsdauer bis 30. April 1929. Die Lohnbewegung selbst brachte für alle Beschäftigten eine Erhöhung des Effektivlohnes um 7 J, so daß in Berlin der Spitzenlohn für Facharbeiter jetzt 1,42 M beträgt.

Jubilärsfeier in Warstein

Bei schönstem Wetter zogen am Sonntag dem 8. Juli die Kollegen der Verwaltung mit ihren Familienangehörigen ins Grüne, um im Rahmen eines Waldfestes die Jubiläre zu ehren. Für Unterhaltung, besonders der Kleinen, war bestens gesorgt. Als der Bezirksleiter, Kollege Freitag, in der Festsrede an die Zeit vor 25 Jahren erinnerte und an den Kampf- und Opfermut unserer Kämpen, befiel wieder manches Bild aus der Vergangenheit auf, uns mahnend, den Asten nachzuschneiden und das stolze Werk zu vollenden helfen, wozu die Asten den Grundstein gelegt, wofür sie gelitten und Opfer gebracht haben. Mit herzlichem Glückwunsch überreichte der Kollege Freitag den Jubilaren Bernhard Flug, Josef Krewitz, Josef Janie und Kaspar Kanisius die Ehrenurkunde. Mit Begeisterung gelobten alle Anwesenden, dem WPMZ die Treue zu bewahren und an der Erfüllung seiner Aufgaben tatkräftig mitzuarbeiten. Allen wird das Fest eine dauernde Erinnerung sein.

Heinrich Kaufmann †

Am 2. Juli starb in Hamburg der Genosse Heinrich Kaufmann, der langjährige Geschäftsführer und Leiter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Eine tödliche Krankheit hat die ortsübliche Kraft dieses Mannes gebrochen. Es dürfte unnötig sein, an dieser Stelle die Verdienste Kaufmanns um die Genossenschaftsbewegung, seine Bedeutung als Denker, Schriftsteller, Lehrer und Führer besonders hervorzuheben. Dies ist dem gegenwärtigen Geschlecht so lebendig, daß es dessen nicht bedarf. Heinrich Kaufmann war auch ein Freund der Gewerkschaften. Er verstand es, auftretende Mißbilligkeiten zu überwinden. Deshalb trauert an seiner Bahre nicht nur die Konsumgenossenschaftsbewegung, sondern auch die Gewerkschaften.

Schriftenschau

Die Schulgemeinde und ihre Funktion im Klassenkampf. Von Dr. Siegfried Bernfeld. Schriftenreihe „Neue Menschen“. Preis kart. 2,50 M, Leinen 3,50 M. E. Bauböck Verlag, Buchhandlung G. m. b. H. Berlin W 30. Der Verfasser spricht von der Schulgemeinde als jener besonderen Form der Verwaltung und Organisation des Schullebens, wie sie sich in erster Linie in den modernen Schulheimen entwickelt hat.

Das Mysterium des Sichts. Das religiöse Weltbild der nordischen Seele. Von Dr. Hans Fuchs. Broschiert 1,50 M, Ganzleinen 2,50 M. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Spandau.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchaussee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juni 1928	
Krankenkasse:	
Einnahmen	30695,60 M
Ausgaben	67722,94 M
Mehrausgaben	37028,74 M
Rassenbestand am 1. Juni 1928	1184183,41 M
„ „ „ 30. „ 1928	1097108,67 M
Sterbekasse:	
Einnahmen	24430,35 M
Ausgaben	18286,15 M
Mehreinnahmen	6194,78 M
Rassenbestand am 1. Juni 1928	1158790,27 M
„ „ „ 30. „ 1928	1158985,05 M

Kollegen aller Berufs! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiter-Krankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schäden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.

Hamburg, im Juli 1928. Der Vorstand.

Kolonialhandel ohne Kolonialpolitik

Die wahren Gründe, weshalb Nationalisten und nationalistische Politiker drängen, daß Deutschland wieder Kolonien erwerben soll, sind in a) t politischer Art. Oder, da von Macht eigentlich keine Rede sein kann, nennt man sie vielleicht besser Gründe des „Prestiges“ oder Ansehens: sie betrauen sich und ihre Anhänger an der Einbildung, daß der Erwerb von Kolonien eine Zunahme an Macht und Ansehen bedeute. Aber das sagen sie nicht, wenigstens nicht an erster Stelle. In den Vordergrund schieben sie geflüstert wirtschaftliche Gründe. Und unter diesen wiederum spielt die wichtigste Rolle die Behauptung, „wir“ müßten Kolonien haben, um einen genügenden Kolonialhandel betreiben zu können. Wir brauchen koloniale Rohstoffe, wir brauchen Absatz unserer Fabrikate in den Kolonien; für beide Zwecke sei der Besitz „eigener“ Kolonien unerlässlich.

Nun fällt ein solcher Grund schon glatt zu Boden durch den einfachen Hinweis darauf, daß selbst in den Zeiten der höchsten wilhelminischen Machtvollkommenheit der Handel Deutschlands mit seinen „eigenen“ Kolonien winzig klein gewesen ist. Im Jahre 1913 wurden aus eigenen Kolonien nicht mehr als für knapp 53 Millionen Mark Waren eingeführt und für nur 59 Millionen Mark dorthin ausgeführt. Das war gerade 1/4 vH des deutschen Außenhandels, sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr. Da nun selbstverständlich Deutschland auch damals schon eine gehörige Portion Rohstoffe aus Kolonien brauchte, so ist klar, daß es den allergrößten Teil davon aus fremden Kolonien bezogen hat, und damit versteht sich von selbst, daß es auch nach fremden Kolonien sehr viel mehr verkauft hat als nach seinen eigenen. Wenn man nun aber die Entwicklung dieser Dinge in der allerneuesten Zeit verfolgt, so erlebt man doch noch eine Überraschung. Es hat sich da schon eine regelrechte Geschichtslüge herausgebildet. Man stellt den Verlauf so dar, als ob, seitdem es keine deutschen Kolonien mehr gibt, der deutsche Kolonialhandel sozusagen völlig aufgehört habe und erst wieder durch den Erwerb eigener Kolonien neu ins Leben gerufen werden müsse. Das ist das nackte Gegenteil der Wahrheit, wie die folgenden Ziffern beweisen.

Wenn wir die gesamte deutsche Ausfuhr danach einteilen, ob sie nach kapitalistischen Ländern gegangen ist oder nach Ländern kolonialen und halbkolonialen Charakters (das heißt nach Ländern, die dem europäischen Kapital als Anlagefeld dienen), dann ergibt sich für die Jahre seit 1924 (Millionen Mark im monatlichen Durchschnitt):

Jahr	deutsche Ausfuhr nach kapitalistischen Ländern	Kolonien und halbkolonialen Ländern
1924	481	117
1925	590	148
1926	647	165
1927	647	175

Die Zunahme ist auf beiden Seiten ganz gleich stark, sie beträgt genau 50 vH seit dem Jahre 1924. Trotzdem Deutschland keine eigenen Kolonien besitzt, hat es seine Ausfuhr nach Kolonialländern in einem so erheblichen Maße von Jahr zu Jahr steigern können. Ja es läßt sich voraussehen, daß das Jahr 1927, wenn seine Ergebnisse erst vollständig vorliegen (bis jetzt reichen sie nur bis Ende September), eine noch größere Zunahme der Kolonialausfuhr als der übrigen Ausfuhr aufweisen wird.

Dies ist deshalb zu vermuten, weil das für die Ausfuhr der wichtigsten Fertigwaren schon jetzt zutrifft. Als Gruppe der wichtigsten Fertigwaren, die für sich allein rund 60 vH der gesamten Ausfuhr umfassen, zählt die Statistik auf:

1. Textilwaren, darunter Garn, Gewebe aus Wolle und Baumwolle, Kleidung, Wäsche usw.
2. Eisenwaren, darunter Röhren, Walzen, Stab- und Formeisen, Eisenbahnmateriale, Maschinenteile usw., aber auch Messerschmiedewaren.
3. Farben und Chemikalien.
4. Maschinen.
5. Fabrikate aus unedlen Metallen (außer Eisen).
6. Elektrotechnische Fabrikate.
7. Papierwaren.
8. Lederwaren.

Rechnet man diese zusammen, so gingen von ihnen nach

Jahr	kapitalistischen Ländern	Kolonien und halbkolonialen Ländern
1924	271	55 Mill. M. im Monatsdurchschnitt
1925	345	78
1926	359	98
1927	389	101

Man sieht auf den ersten Blick, daß für diesen wichtigsten Teil unserer Ausfuhr die Zunahme auf dem Kolonialmarkt sehr viel stärker gewesen ist als sonst. Nur um 36 vH ist der Verkauf dieser Fertigfabrikate nach anderen kapitalistischen Ländern seit 1924 gewachsen, nach den Kolonien aber um 84 vH. Wer kann dem gegenüber noch behaupten, daß wir zur Pflege unseres Kolonialhandels unbedingt „eigene“ Kolonien haben müssen? Es geht auch ohne dies, ja es geht sogar noch besser, wenn wir die Kosten der Verwaltung, das Risiko der Eingeborenenunruhen, den Bau von Eisenbahnen usw. anderen Staaten überlassen. Gewiß werden unsere Nationalisten erzählen, das ginge so lange, wie die fremden Regierungen uns den Handel mit „ihren“ Kolonien gütig gestatten. Aber das ist ein geradezu kindischer Einwand, der wiederum jede Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge vermissen läßt. Als der Krieg ausbrach, konnten wir auch mit „unseren“ Kolonien keinen Handel treiben und heute würden wir erst recht selbst im tiefsten Frieden ganz und gar vom Wohlwollen der sebeherrschenden Mächte in diesem Punkte abhängen. Solange aber Friede ist, kann es den Engländern, Franzosen usw. nicht im Traume einfallen, uns von ihren Kolonien auszulassen. Aus dem einfachen Grunde, weil die Kolonien unsere Waren genau so nötig brauchen, wie wir ihre Rohstoffe, und darüber hinaus, weil die „Mutterländer“ selbst sehr viel Waren von uns beziehen, die wir nur mit Hilfe der kolonialen Rohstoffe produzieren können. Diese Waren kaufen sie uns aber auch nicht um unserer schönen Augen willen ab, sondern weil sie darauf angewiesen sind. Sie würden sich also ihre eigene Fleisch schneiden, wollten sie unsere Verbindung mit ihren Kolonien zerstören oder auch nur stören. Von solchen innigen Verflechtungen der Weltwirtschaft darf ein braver Nationalist natürlich keine Ahnung haben. „Deutschland über alles“ brüllen, ist leichter.

Zum Schluß noch eine Kleinigkeit. Die ehemals deutschen Kolonien sind so unbedeutend, daß man sie mit Stillschweigen übergehen könnte. Wenn es wirklich wahr wäre, daß Deutschland seit dem Weltkrieg völlig aus ihnen verdrängt wäre, so würde das nichts ausmachen. Verrug doch unsere ganze Ein- und Ausfuhr von oder nach ihnen 1913 nur etwa 100 Millionen Mark im Jahr, während 1927 allein die Ausfuhr nach Kolonialländern schon wieder 100 Millionen Mark im Monat überschritten hat. Um aber unsere Nationalisten ganz und gar lächerlich zu machen, ist sogar der Handel mit diesen Kolonien, die man uns politisch genommen hat, seit 1924 sehr stark gewachsen. Es handelt sich um Ostafrika, Südwestafrika, Kamerun, Togo und die Südssee-Inseln. Mit ihnen allen zusammen betrug im Monatsdurchschnitt die deutsche Einfuhr im Jahre 1924 392 000, die Ausfuhr 475 000 M., im Jahre 1927 856 000 und 1 033 000 M.

Gewiß, das ist viel weniger als vor dem Kriege. Aber worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist dies, daß die fremde Herrschaft und Verwaltung es nicht verhindert, daß der deutsche Handel mit diesen Kolonien in bloßen drei Jahren mehr als verdoppelt worden ist. Die deutsche Einfuhr von dort ist um 118 vH, die Ausfuhr um 124 vH gewachsen. Niemals ist unter deutscher Verwaltung eine derartige Zunahme erreicht worden. In den letzten Jahren vor dem Kriege, als das deutsche Kaiserreich in seiner höchsten imperialistischen Machtfülle stand, entwickelte sich der Handel mit diesen Kolonien wie folgt:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1910	4,1	4,1 Millionen M. im monatl. Durchschnitt
1918	4,4	4,9

Von Verdopplung ist das sehr weit entfernt. Ja es ist sogar absolut in der Ausfuhr nicht viel mehr, in der Einfuhr weniger Zunahme als jetzt. Womit klar bewiesen ist, daß der Besitz „eigener“ Kolonien für das Wachstum des Kolonialhandels durchaus nicht erforderlich ist.

Internationale Lohnvergleiche

Zu dieser Sache liefert im Blatte des belgischen Gewerkschaftsbundes „Le Mouvement Syndicale Belge“ Léon Delsinne, der Direktor der belgischen Arbeiterhochschule, ebenfalls einen Beitrag, der von besonderem Belang ist, weil gerade die belgischen Löhne oft zu sehr hinkenden Vergleichsmaßstab geben und am belgischen Beispiel besonders gut gezeigt werden kann, wie ungenügend Statistiken sein können.

Delsinne kommt auf die Lohnstatistischen Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes (I.A.) zu sprechen, vor deren Schwächen er die Augen nicht verschließen will. Er gibt die großen Verdienste des I.A. auf dem Gebiete der verschiedensten Erhebungen und Untersuchungen gerne zu, weist hingegen auf verschiedene Mängel hin, die der Statistik im allgemeinen und der internationalen Lohnstatistik im besonderen anhaften. Delsinne schreibt:

„Die Statistik erlaubt nur annähernde und ziemlich grobe Vergleiche, wenn sie sich auf so verschiedene soziale Zustände bezieht, wie sie der Lebensstand der Arbeiter darstellt. Es gibt da viele Gebiete, wo Zahlen keine Rolle spielen, und andere, wo die Einbeziehung trügerisch ist. Denn solche Zahlen geben den Eindruck größter Genauigkeit, während sie nur eine unzulängliche Wiedergabe der Tatsachen sind. Alle Statistiker sind sich über diese elementare Wahrheit klar und versehen nie, sie zu unterschätzen. Anders verhalten sich jedoch jene, die sich der Statistik bedienen... Will man Reallöhne errechnen, so muß man natürlich den in Geld ausgedrückten Wochenlöhnen und den Lebensunterhaltskosten Rechnung tragen. Dabei drängt sich in Bezug auf die Statistiken des I.A. eine erste Bemerkung auf: Es wird darin nicht der Index der Löhne der englischen, deutschen, französischen oder belgischen Arbeiter wiedergegeben, sondern der Arbeiter von London, Berlin, Paris oder Brüssel. Das ist nicht ganz dasselbe. Jeder weiß, daß in den meisten Hauptstädten die Löhne beträchtlich über den Durchschnittslöhnen der Provinz stehen. Für Paris ist der Unterschied nahezu 2 vH, für Berlin, London und Amsterdam wenigstens 25 vH. Bei Brüssel jedoch liegt der Fall genau umgekehrt. Der Durchschnittslohn ist dort geringer als in der Provinz und besonders niedriger als in Antwerpen.“

Eine zweite Feststellung: Die vom I.A. aufgeführten Löhne betreffen nur vier industrielle Gruppen: das Baugewerbe, die Metallindustrie, die Möbelfabrikation und die Buchindustrie. Man gehört aber in fast allen großen Städten zum Beispiel die Löhne der Bauarbeiter zu den höchsten Löhnen. Ihr Durchschnitt übertrifft in Amsterdam, Berlin, Kopenhagen, Stockholm und Wien jenen der Arbeiter der Buchindustrie. In Brüssel hingegen sind diese Löhne wegen des großen Zustusses von Arbeitskräften vom Lande mindestens um 20 vH niedriger. Da die Gruppe der Bauarbeiter sechs von den für die einzelnen Länder angegebenen 18 Posten des I.A. ausmacht, so schneidet Brüssel im Vergleich zu den anderen Städten mindestens um 7 bis 10 vH schlechter ab. Wenn es möglich wäre, in allen Ländern alle bedeutenden Industrien zu berücksichtigen, so würde sich der Index für Belgien beträchtlich erhöhen, wahrscheinlich um nicht weniger als 25 vH.

Daß man die Einbeziehung der Ausgaben für Kleidung, Wohnung und „Verschiedenes“ für unmöglich hält, deutet auf begrüßenswerte Vorsicht, beeinträchtigt jedoch den Wert von Lohnstatistiken außerordentlich. Man stelle sich nur zum Beispiel den Fall vor, wie er in Wien liegt, wo sich der Reallohn des Arbeiters nur deshalb einigermaßen sehen lassen darf und verglichen werden kann, wenn die äußerst billigen Mieten in Betracht gezogen werden, die zurzeit die ganze Lohnlage und das ganze Lohnproblem beherrschen.“ Ähnlich liegen die Dinge den Ausführungen Delsinnes zufolge in Belgien:

„Auf Grund von Befragen und weil sich die Bevölkerung von Brüssel ziemlich langsam vermehrt, sind die Mieten in Brüssel viel niedriger als in fast allen anderen Hauptstädten. Der Unterschied ist so groß, daß sich der Index der Reallöhne des I.A. für Brüssel auf 46 stellt, wenn nur die Lebensmittel berücksichtigt werden, hingegen auf 49 bei der Berücksichtigung der Mieten. Für Berlin hingegen würde der Index im letzteren Falle von 69 auf 61 fallen. Welches ist nun der genaue Unterschied? Ohne Zweifel kann dies niemand berechnen, weil die dazu nötigen fundamentalen Unterlagen fehlen. Dessenungeachtet kann man annehmen, daß die durchschnittlichen Reallöhne der

belgischen Arbeiter überhaupt nicht oder nicht viel niedriger sind als jene ihrer französischen oder deutschen Kameraden.“

Bei diesen Schlussfolgerungen spielen besonders auch die vom I.A. berücksichtigten Kosten für „Verschiedenes“ eine Rolle. So sind zum Beispiel die Preise für Vergnügen usw., die Transporttarife, die Preise für persönliche Dienstleistungen usw. in Belgien viel niedriger als anderswo. Delsinne schließt seinen Aufsatz mit der weisen Mahnung: „Verlangen wir von den Statistiken das, was sie uns geben können. Vergessen wir jedoch nie, ihre Zahlen an der Wirklichkeit zu messen. Betrachten wir die Probleme ohne Voreingenommenheit. Nur dann werden wir klar sehen!“

Der Verbandstag in Holland

Vom 11. bis 13. Juni 1928 fand der Kongress des holländischen Metallarbeiter-Bundes in Utrecht statt. Schon die Zahl der Vertreter — 102 — gibt den Beweis, daß sich dieser Bruderverband in den letzten Jahren sehr gut entwickelt hat. Der Bericht des Vorsitzenden, Kollegen Danz, ließ erkennen, daß auch in wirtschaftlicher Beziehung eine Besserung zu verzeichnen ist. Im Jahre 1924 waren 24,5 vH der Mitglieder des Verbandes arbeitslos, in diesem Jahre nur 6 vH. Dank dieser Tatsache konnten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in sehr umfangreicher Weise verbessert werden. Die Metallindustrie in Holland hatten versucht, zum Teil nicht ohne Erfolg, die Errungenschaften der Metallarbeiter zu verringern. Dies konnte in den beiden letzten Jahren wieder wettgemacht werden. Ein größerer Streik war zu Beginn des Verbandstages noch im Gange.

Die Mitgliederzahl hat eine nennenswerte Steigerung erfahren. Sie betrug im Jahre 1926 23 796, Ende 1927 27 176. Es sind jetzt 64 vH der holländischen Metallarbeiter Mitglieder unseres Bruderverbandes, im Jahre 1921 waren es nur 40 vH. Auch in finanzieller Beziehung hat sich unsere Bruderorganisation sehr gut entwickelt.

Einen bedeutenden Teil der Tagesordnung nahm der Bericht der Kommission über Fachbildung ein. Diese Kommission hat in England wie auch in Deutschland die verschiedensten Gewerkschaften, Lehrlingsvereinigungen usw. befragt. Aus ihrem umfangreichen Bericht ging hervor, daß unsere holländische Bruderorganisation eine geschickte Lehrlingsbildung anstrebt, damit die Ausbeutung der Lehrlinge verhindert und, wo eine solche gegenwärtig noch besteht, beseitigt wird. In einer Entschließung wurde als Grundbedingung der notwendigen Fachausbildung ein guter Volksschulunterricht sowie eine Begrenzung der Arbeitszeit und eine praktische und theoretische Ausbildung der Lehrlinge gefordert.

Der Kongress forderte außerdem die Durchführung von Kollektivverträgen für die einzelnen Branchen. Er ersuchte den Vorstand, eine entsprechende Bewegung anzugehen. In einer weiteren Entschließung erklärte der Kongress, daß die Erhaltung der bisherigen 48-Stundenwoche und die Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens 8 Stunden täglich in den Betrieben und Orten der Metallindustrie, wo noch eine längere Arbeitszeit besteht, eine dringende Notwendigkeit ist.

Ein Antrag, der die Erklärung des Streiks bei drohender Kriegsgefahr verlangte, wurde zurückgenommen, nachdem der Vorsitzende, Kollege Danz, erklärte, daß nur durch den Internationalen Gewerkschaftsbund und die internationalen Berufsverbände eine derartige Angelegenheit geregelt werden kann. Ein weiterer Antrag, daß jedes Mitglied die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk“ oder den „Vormarsch“ aus Verbandsmitteln erhalten soll, wurde abgelehnt.

Daß der holländische Bruderverband im Reigen der Eiferen Internationale hoch geschätzt wird, bezeugt die große Anzahl von Vertretern ausländischer Bruderorganisationen auf diesem Kongress. Belgien, Dänemark, Österreich, Ungarn, Schweden, der Internationale Metallarbeiter-Bund (Komotau) und auch unser Verband hatten Vertreter gesandt. Der Verlauf dieses Kongresses war gut. Er stärkt die Überzeugung, daß der holländische Metallarbeiter-Bund zu einer der besten Kampfgruppen der Internationale gehört und sich diesen Platz dauernd erhalten wird.

Der österreichische Gewerkschaftskongress

Was dem jüngst in Wien abgehaltenen Kongress der österreichischen Gewerkschaften seine Bedeutung verleiht, sind drei Beschlüsse, die auch über Österreich hinaus Bedeutung haben. So wurde vor allem wie in Deutschland und anderen Ländern ein Bund der freien Gewerkschaften geschaffen. Bisher bestand, und zwar seit 34 Jahren, eine Gewerkschaftskommission als lose Zusammenfassung von (derzeit) 62 Verbänden. In dieser Spitzenorganisation waren alle freien Gewerkschaften, sowohl die der Arbeiter wie die der Angestellten und Beamten vereinigt. Nun wird der neue Bund alle umfassen. Er bekommt weitgehende Nachvollkommenheiten und auch vermehrte materielle Mittel. Sein Wirkungsbereich ist im allgemeinen dem unseres I.A.G.W. gleich.

Die andere bedeutsame Leistung des Kongresses besteht darin, daß er das Problem der Industriegruppenorganisation gründlich erörterte. Zwar gelang es nicht, eine Lösung zu finden, denn dies konnte angesichts der vorherrschenden Schwierigkeiten nicht erwartet werden; aber er schuf doch wenigstens so viel Klarheit und bekannte sich so sehr zu diesem Prinzip, daß nunmehr der Bundesvorstand Gelegenheit hat, mit aller Entschiedenheit im Wege von Verhandlungen von Verband zu Verband dem Ziele näherzukommen. Eine vom Kongress angenommene Entschließung betont ausdrücklich die Pflicht der Verbände, mit allem Eifer den Erfordernissen der Zeit Rechnung zu tragen.

Die dritte anerkennenswerte Tat des Kongresses liegt darin, daß er sich eingehend mit der Frage der Rationalisierung und deren Auswirkungen beschäftigte. Ein Vortrag mit Beispielen aus der Praxis und eine sachkundige Aussprache bewiesen, wie sehr die Arbeiter und Angestellten diese Angelegenheit würdigen und einschätzen. Eine Entschließung besagt, es müsse angestrebt werden:

1. Mitwirkung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen bei geplanten Rationalisierungsmaßnahmen.
2. Erhöhung der Löhne und Verdienste unter Berücksichtigung der erhöhten Erzeugung mit gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der gesteigerten Inanspruchnahme der Arbeitskraft.
3. Kollektivvertragmäßige Festsetzung der Lohnzahl des laufenden Bandes und der zugeordneten Maschinen.
4. Staatliche Institute, die unter Mitwirkung der von den Unternehmern unabhängigen Gewerkschaften die Ermittlungsergebnisse und gesundheitlichen Folgen der ununterbrochenen raschen und eintönigen Arbeitsleistung feststellen.
5. Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitlichen Folgen einer solchen Arbeitsleistung.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat u. der Siebenstundentag

Der Erud, das Hauptblatt der russischen Gewerkschaften, bringt in seiner Nr. 146 folgende Mitteilung über die bisherige Durchführung des Siebenstundentages, der bekanntlich durch das Oktobermanifest vom vorigen Jahr in Aussicht gestellt worden ist:

Zum 1. Juli d. J. wollte die zuständige Kommission der Regierung einen vollständig ausgearbeiteten konkreten Plan für die Überführung von Industriebetrieben während des laufenden Wirtschaftsjahres auf den Siebenstundentag vorlegen. Dem sollte eine Prüfung vorausgehen, die feststellen sollte, wie weit die einzelnen Werke für den Übergang auf den Siebenstundentag vorbereitet sind. Dieser Plan ist vom Obersten Volkswirtschaftsrat zerstört worden, denn er hat bisher die entsprechenden Unterlagen noch nicht vorgelegt.“

